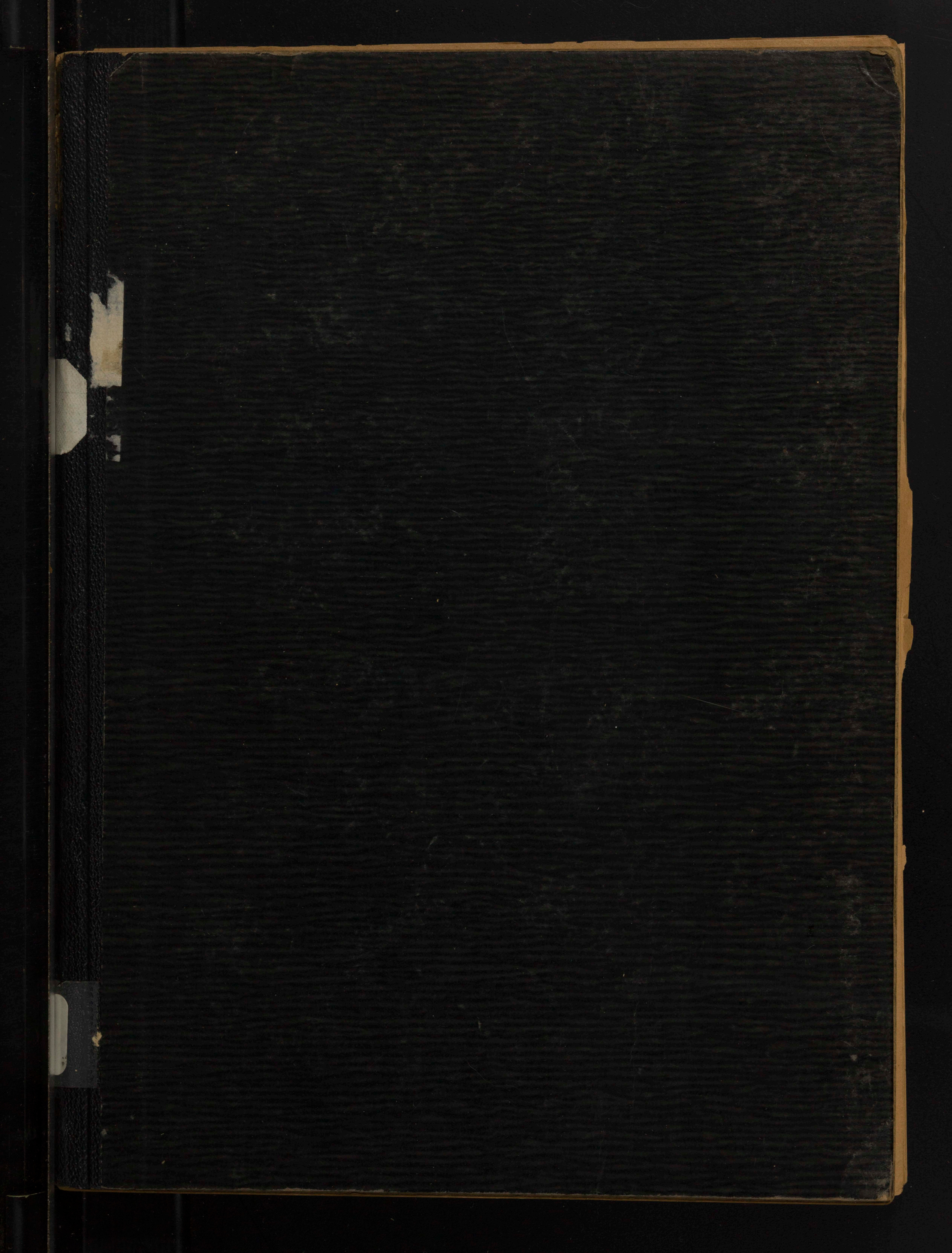
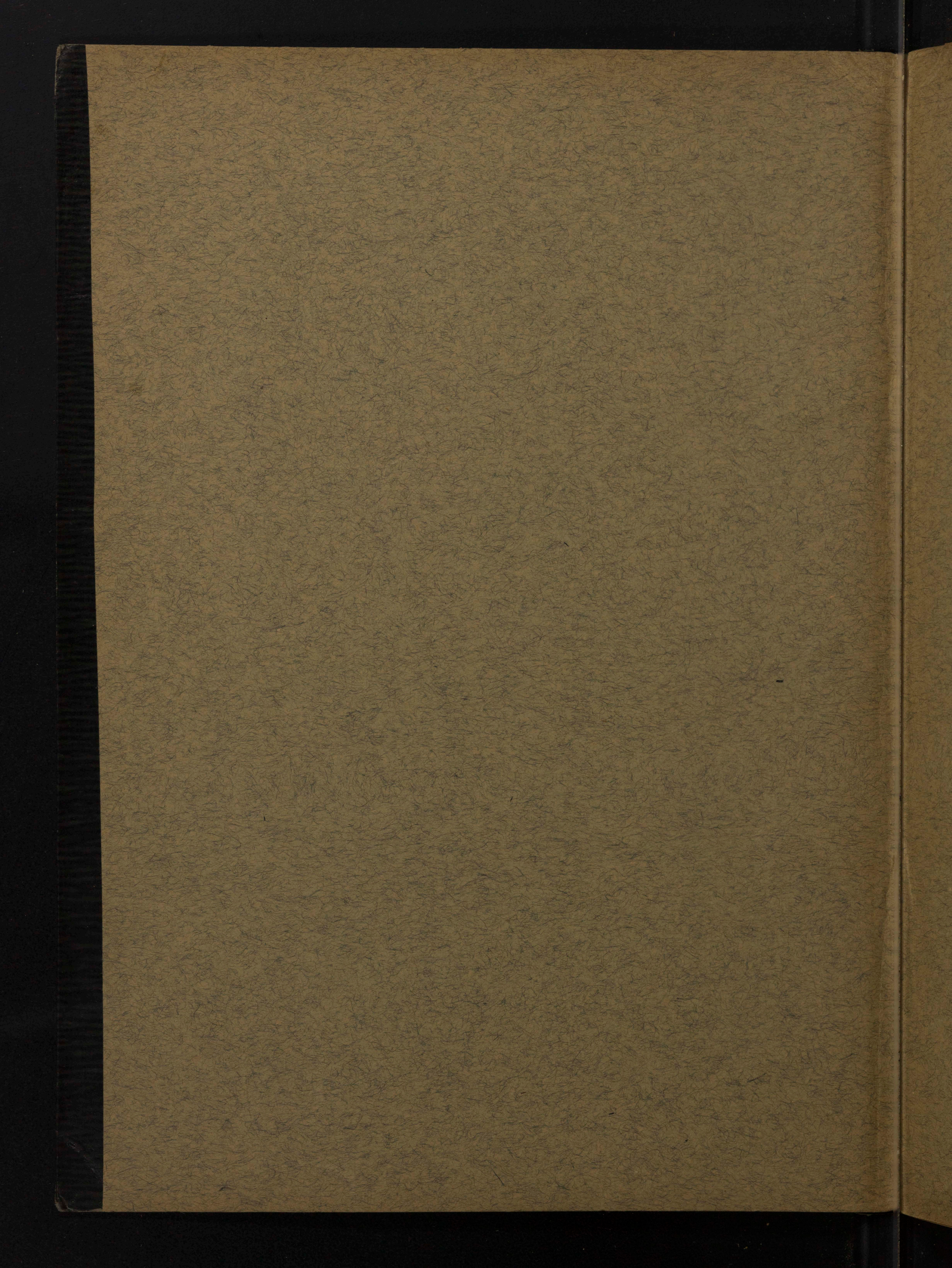
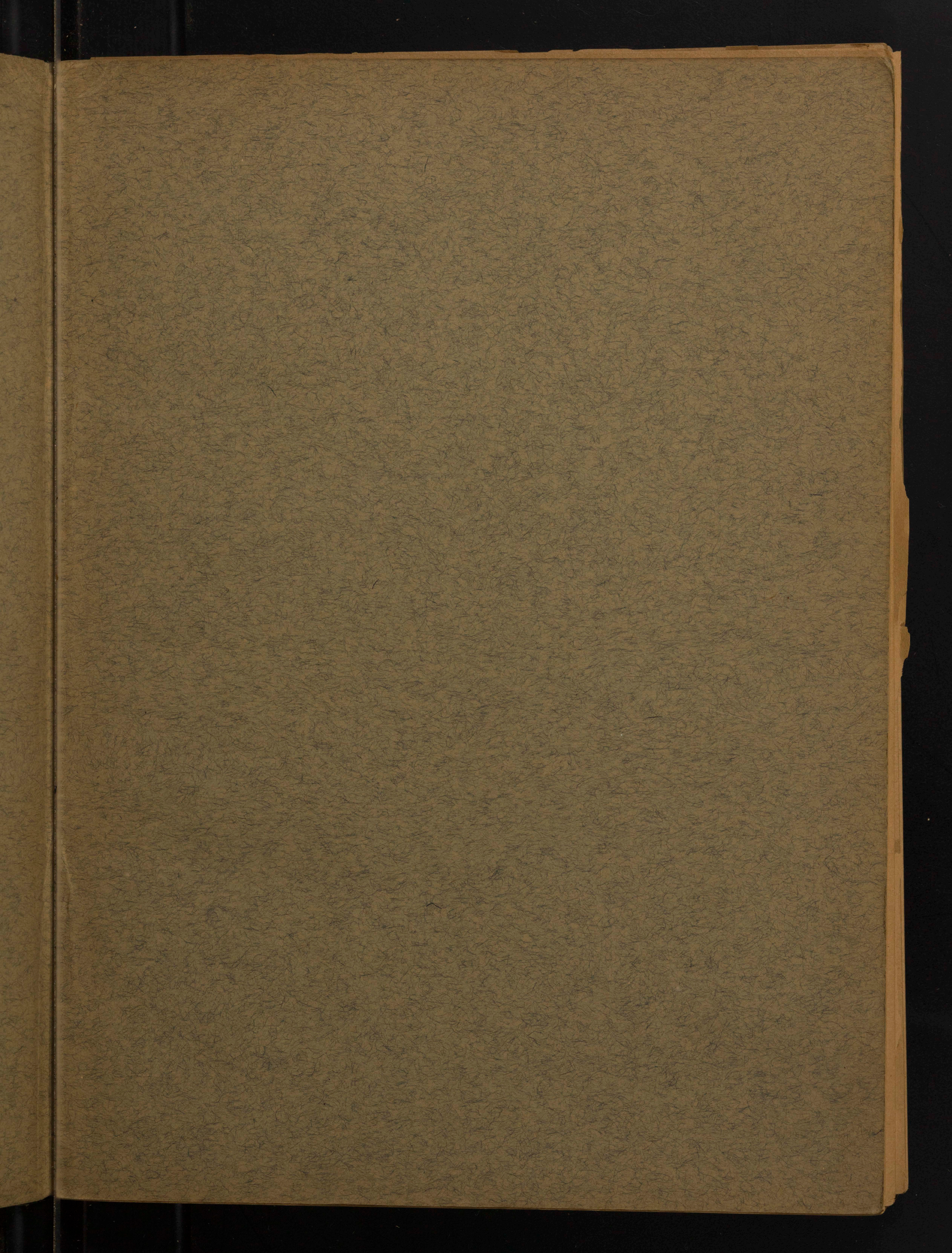
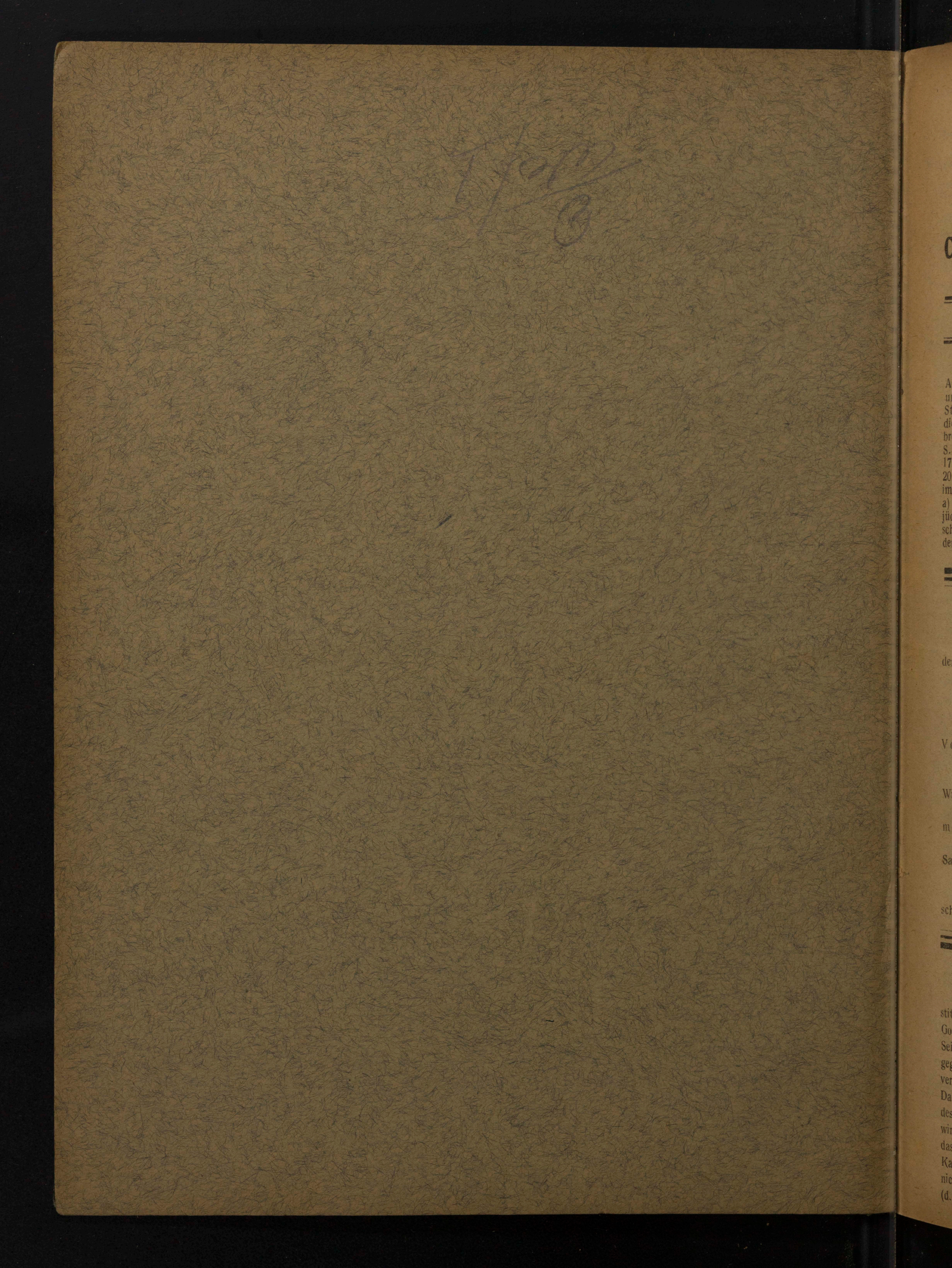








Mitteilungen

des Syndikus des

Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 1	13. Januar 1921	Jahrg. III

1. Gebote zur Lähmung des Vereinslebens.

Die amerikanische Zeitschrift „Mechanical Enginering" brachte kürzlich folgenden Beitrag, den wir in der Erwägung, daß es auch in Deutschland ähnliche Leute gibt, abdrucken:

1. Besuche keine Vereinsversammlung.
2. Wenn Du kommst, so komme zu spät.
3. Wenn das Wetter schlecht ist, so komme erst recht nicht.
4. Wird eine Versammlung vorbereitet, so erkläre die vorbereitenden Arbeiten des Vorstandes und der anderen Mitglieder für verkehrt.
5. Nimm nie ein Amt an, da es leichter ist, zu kritisieren als zu arbeiten.
6. Sei trotzdem gekränkt, wenn Du zur Mitarbeit im Ausschuß nicht aufgefordert wirst. Wirst Du aber aufgefordert, so gehe nicht zu den Sitzungen.
7. Wenn der Vorsitzende Dich um Deine Meinung fragt, so sage, Du habest nichts zu bemerken. Nachher erzähle allen, wie es hätte gemacht werden müssen.
8. Tue nur das absolut notwendigste, wenn aber andere Mitglieder selbstlos Zeit und Arbeit für die Sache einsetzen, so klage über Cliquenwirtschaft.
9. Bezahle Deinen Beitrag möglichst spät oder überhaupt nicht.
10. Kümmere Dich möglichst wenig um Werbung neuer Mitglieder: „Das macht schon Müller".

2. Ueber den Eid der Juden.

Der Eid gilt im Judentum als eine hochheilige Institution. Er wird daher (in der Regel) mit dem Namen Gottes verbunden (s. V. Buch Moses, Kap. 10, Vers 20). Seine Verletzung bzw. Mißbrauch ist eine schwere Sünde gegen Gott, abgesehen von der möglicherweise damit verbundenen Täuschung und Schädigung der Menschen. Das 3. Gebot in den Zehngeboten: „Du sollst den Namen des Herrn deines Gottes nicht zum Falschen aussprechen!" wird als Verbot des Meineides aufgefaßt. Außerdem ist das Verbot des Falscheides enthalten im III. Buch Mos., Kap. 19, Vers 11: „Ihr sollt nicht ableugnen und ihr sollt nicht belügen einer den andern und sollt nicht bei Meinem (d. h. bei Gottes) Namen falsch schwören." Ferner heißt es im III. Buch Mos., Kap. 5, Vers 4: „Wenn jemand schwört ... und verletzt den Eid ... so bringe er Gott ein Schuldopfer dar wegen der Sünde, die er begangen hat."

Der **Talmud** (dessen Urbestandteile in die Zeit vor, und dessen abschließende Bearbeitung in das 5. Jahrhundert nach Chr. Geburt weist) enthält nähere Bestimmungen bezüglich des Eides, die jedoch alle ihrem Geiste nach in der heiligen Schrift („Altes Testament") wurzeln. Der ganze Traktat Schebuoth ist der Behandlung dieses Gegenstandes gewidmet. Auf Blatt 38 und 39 des genannten Traktates wird inbezug auf den Zeugeneid gesagt: „Man sagt zu ihm (d. h. zu dem zu vereidigenden Zeugen): Wisse, daß die ganze Welt erbebte (d. h. es war ein welt-

bewegender Vorgang), als Gott auf dem Berge Sinai ausgerufen hatte: „Du sollst den Namen des Herrn deines Gottes nicht zum Falschen aussprechen!“ Bei jeder anderen Sünde ist eine Sühne .... und Nachsicht eher möglich (als bei dieser)“. (Es folgen Belege aus der heiligen Schrift.) „Wisse“ — so spricht man ferner zu dem Zeugen — „daß wir dich nicht nach dem, was d u im Sinne haben könntest, vereidigen, sondern nach dem Wissen Gottes und nach dem Sinne des Gerichtshofs“. — Auf Blatt 36 des genannten Traktates weist der Talmud ausdrücklich darauf hin, daß es nach der Erzählung der heiligen Schrift („Altes Testament“) II. Buch der Chronik, Kap. 36, V. 12 bis 13, Gottes Zorn erregt habe, daß der judäische König Zidkija dem babylonischen König Nebukadnezar, „der ihn (Zidkija) bei Gott habe schwören lassen“ die Treue gebrochen. In diesem Hinweis des Talmud erkannten schon die alten jüdischen Gesetzeslehrer die Auffassung, daß der Eid als solcher einen heiligen Charakter hat kraft des Ausspruchs des Schwörenden und daß es hierbei gleichgültig ist, wer die beschwörende Person ist. Der Babylonierkönig Nebukadnezar war nämlich Heide und wird als Vertreter des krassen Götzendienstes angesehen, dennoch wohnt auch dem in die Hand Nebukadnezars abgelegten Eide heilige Verpflichtungskraft inne.

Maimonides (geb. 1135), der angesehenste Gesetzeskodifikator der Juden im Mittelalter, stellt demgemäß in seinem Rechtskodex, Kapitel „Ueber Schwüre“, Abschnitt II, § 1 das folgende Gesetz auf: „Es ist gleich, ob man eine der genannten Schwurformeln (darunter befindet sich auch der Zeugeneid) selbst wörtlich ausspricht oder ob man durch andere eidlich verpflichtet wird und man (nur) „Amen“ (d. h. ein Wort des Einverständnisses) dazu sagt. Auch wenn ein Nichtjude oder ein Minderjähriger einen (Juden) beschwört und man darauf „Amen“ sagt, so ist das verbindlich“.

Der **Schulchan Aruch** (diejenige Gesetzessammlung eines Gelehrten des 16. Jahrhunderts, welche in Verbindung mit den sie ergänzenden und berichtigenden Glossen späterer Gesetzeslehrer als volkstümlichstes Nachschlagewerk dient) wiederholt und erweitert die in älteren Werken angeführten Bestimmungen. § 237 Abs. 2 der Abteilung „Rechte“ des Schulchan Aruch (genannt „Choschen ha-mischpat“) lautet: „Wird jemand vereidigt und er spricht „Amen“ oder sonst ein Wort, aus welchem zu entnehmen ist, daß er die Beschwörung auf sich nimmt, z. B. er sagt, „Ja“ ...., so gilt das soviel als wenn er die Eidesformel selbst ausgesprochen hätte, auch wenn es ein Nichtjude ist, der einem den Eid auferlegt“.

Es gibt im ganzen jüdischen Recht kein Gesetz, welches diese Bestimmung aufheben und etwa erlauben würde, einem nichtjüdischen Richter einen Falscheid zu leisten, im Hinblick darauf, daß der Vereidiger kein Jude ist oder etwa in dem Falle, wenn durch den Falscheid ein Jude von einer Verurteilung befreit werden könnte.

Es ist freilich wahr, daß in manchen nichtjüdischen Kreisen das Vorurteil besteht, das jüdische Religionsgesetz erlaube wohl dem Juden einen Meineid vor dem Gerichte zu leisten in dem Falle, wenn dadurch der Prozeß zugunsten einer mit einem Nichtjuden prozessierenden jüdischen Partei gewendet werden kann. Dieses Vorurteil mag ursprünglich aus der Abneigung gegen die Juden hervorgegangenen sein, die beflissen ist, die Betrügereien und die Unlauterkeit eines einzelnen Juden zu einer allgemeinen „jüdischen Erscheinung“ zu stempeln und dieser nunmehr zum Dogma gewordenen „allgemeinen Erscheinung“ als „Motiv“ das „jüdische Gesetz“ zu unterstellen.

In neuerer Zeit wurde dieses Vorurteil sogar von antisemitischer Seite in der Bevölkerung Deutschlands und Oesterreichs eifrig geweckt und genährt. Man begnügte sich nicht mit der bloßen Vermutung, es könnte vielleicht das jüdische Gesetz einseitig den Juden begünstigen, sondern man begann einzelne Gesetzesparagraphen des Schulchan Aruch als Belege für die Berechtigung der erwähnten Beschuldigung anzuführen. In Flugschriften und Broschüren ist eine Reihe von Bestimmungen des jüdischen Rechts in einem für die Zwecke des Antisemitismus geschickt zurechtgemachten Texte „zitiert“, „übersetzt“ und „erläutert“ worden, so daß die — in den allermeisten Fällen des jüdischen Rechts und der hebräischen Ursprache der zitierten Gesetze völlig unkundigen — Leser sehr leicht dem genannten Vorurteil zugänglich werden.

Um eine sachgemäße Aufklärung zu erhalten, genügt es darum nicht, lediglich die oben angeführten Gesetze bezüglich der Heiligkeit des Eides zur Kenntnis zu nehmen, sondern es empfiehlt sich, auch der Methode der antisemitischen „Belehrung“ nachzugehen, um zu erkennen, daß die zur Kritik gestellten Bestimmungen des jüdischen Rechts durchaus einwandfrei sind. Diejenigen Leser, die sich noch einen Rest von Unbefangenheit bewahrt haben, werden aber auch in einem Umstande, welcher mit der Urheberschaft der hierher gehörigen antisemitischen Schmähschriften zusammenhängt, nicht achtlos vorbeigehen. Es kann für sie nicht belanglos sein, daß sämtliche talmud- und schulchan-aruch-gegnerischen Schriften, die insbesondere in den letzten Jahren die Bevölkerung überfluten, von Laienschriftstellern oder sonstwie unmaßgeblichen Personen herrühren, während christliche Fachmänner erster Größe, Professoren der Theologie an deutschen Universitäten, Persönlichkeiten von Weltruf, bereits mehrfach in Schrift und Wort gegen die bezüglichen Behauptungen der antisemitischen Schreiber Stellung genommen und deren Fälschungen entkräftet haben. Schon oft — auch bei Gerichtsverhandlungen in Berlin — wurde beispielsweise vom Geheimrat Professor Strack, der einer der bedeutendsten Talmudkenner ist, nachgewiesen, daß die betreffenden antisemitischen Ankläger den Talmud nicht einmal zu lesen verstehen. Auch die Professoren Delitzsch (Leipzig), Nöldeke (Straßburg), Wünsche (Dresden), König (Bonn), Fiebig (Leipzig) u. a. haben die Verdächtigungen gegen den Talmud entkräftet. Dagegen gibt es keinen einzigen gründlich talmudisch gebildeten christlichen Theologen, der eine Schrift gegen das talmudische Recht veröffentlicht hätte. In der von dem christlichen Rechtsanwalt Dr. Kopp (Wien) herausgegebenen Schrift „Zur Judenfrage“ (2. Aufl., Leipzig 1886 bei Klinkhardt) wird aber an Hand eines überaus reichhaltigen, zwecks Verwendung bei einem Prozesse gesammelten Materials die Methode der Antisemiten bloßgelegt und als — vielfach sogar bewußte — grundlose, böswillige Verleumdung nachgewiesen. In dieser Schrift sind auch Teile jenes umfangreichen Gutachtens zweier hervorragender christlicher Fachgelehrter — Nöldeke und Wünsche — wiedergegeben, welche seinerzeit vom Wiener Landgericht als Sachverständige zugezogen und vereidigt, ihrer Ueberzeugung Ausdruck

gaben, daß die Angriffe gegen die Rechtsbestimmungen des Talmud und Schulchan Aruch unbegründet sind.

Daß die antisemitischen „Aufklärer" von diesen Tatsachen keine Kenntnis nehmen wollen, daß sie weder die von den genannten Gelehrten wiederholt veröffentlichten wissenschaftlichen Ergebnisse, noch die Autorität dieser christlich-deutschen Forscher respektieren, sondern sie einfach totschweigen, dies dürfte denkenden Deutschen doch nicht als gleichgültig erscheinen.

Von den durch die unwahrhaftige antisemitische Agitation in Verdacht geratenen, mit den Bestimmungen über den Eid zusammenhängenden Anordnungen des jüdischen Rechts bzw. des jüdischen Ritus sei an erster Stelle das sogenannte Kol-Nidre-Gebet erwähnt. Dieses Gebet, welches zu Beginn des jüdischen Versöhnungsfestes gesprochen wird, bildet seit Jahrzehnten die Zielscheibe der antisemitischen Angriffe. „Kol Nidre" bedeutet: „Alle Gelübde", diese Worte sind der Anfang einer Erklärungsformel, in welcher Gelübde, Schwüre, Versprechungen u. dgl., die der Jude aus irgendeinem Anlaß persönlichen Erlebens freiwillig auf sich nehmen könnte, als aufgehoben erklärt werden, und zwar (wie die einschlägigen Gesetze, aus denen diese „Erklärung" erwachsen ist, ausdrücklich bestimmen) in dem Falle, wenn der Gelobende, Versprechende usw. die Verpflichtung, welche er im Ueberschwange der Empfindungen übereilt auf sich genommen, schlechterdings nicht zu erfüllen vermag. Es ist hier absolut keine Rede von einem Zeugeneid oder von einer regelrecht — etwa vom Gerichte — auferlegten Verpflichtung, sondern einzig nur von freiwilliger Selbstverpflichtung. Die Einführung der Kol-Nidre-Erklärung hatte den Zweck, die Aufhebung von Selbstverpflichtungen, welche infolge der Unmöglichkeit ihrer Erfüllung von selbst illusorisch werden, nicht ohne weiteres in das Belieben der gelobenden Personen zu stellen, sondern an feierlicher Stelle und in einer freierlichen Stunde vollziehen zu lassen. Hierdurch sollte auch dem Gelübdeunfug gesteuert werden, gegen den die Talmudverfasser, gerade im Hinblick auf den heiligen Charakter des Versprechens, stets streng eingeschritten sind. (Vgl. beispielsweise Talmud-Traktat „Ueber Gelübde" — Nedarim — Blatt 20 und 22). Der Schulchan-Aruch hat (Abteilung „Recht", § 211, Abs. 4) mit Bezug auf Kol Nidre ausdrücklich vermerkt: „Das alles gilt nur in bezug auf einen Schwur oder ein Gelübde, so er sich selbst geschworen oder sich selbst gelobt hat, wird man aber von einem anderen zu einem Schwur veranlaßt, so hilft ihm diese Aufhebung garnichts". Die oben genannten christlichen Sachverständigen erklärten denn auch dem Gerichtshofe in ihrem Gutachten: „Vor allem ist aber zub betonen, daß es sich hier nicht darum handelt, geleistete Eide für unverbindlich zu erklären, sondern nur solche Verpflichtungen, welche einer Gott gegenüber auf sich genommen hat. Die Rechte Dritter werden von dieser Aufhebung nicht berührt." (S. Kopp, Zur Judenfrage, Seite 119.)

Auf welche Weise brachten es nun die Antisemiten zustande, das Kol-Nidre-Gebet zu einem Stützpunkt der Verleumdung des Judentums zu machen? Auf eine recht einfache Art: sie haben in der deutschen Uebertragung des hebräisch-aramäischen Kol Nidre-Textes denjenigen Passus, durch welchen die „Erklärung" ausschließlich auf die freiwilligen Selbstverpflichtungen bezogen wird — unterschlagen! Jener Passus, der selbstverständlich in keinem jüdischen Gesetz- und Gebetbuch fehlt und fehlen kann, lautet: „al nafschatana" und bedeutet: „auf unsere eigene Person"; es ist die stehende Formel für die freiwilligen Selbstverpflichtungen. Durch die Weglassung dieser Worte gewinnt der Text einen ganz anderen Sinn, denjenigen nämlich, welchen die Antisemiten in das jüdische Gesetz hineinzuschmuggeln bestrebt sind, als ob das jüdische Gesetz gestattete, Eide überhaupt aufzuheben.

Es liegt immerhin ein betrübender Beweis für die Leichtigkeit, mit welcher man nicht nur die Massen der Bevölkerung, sondern selbst Intellektuelle irreführen kann, in dem Umstande, daß es den Antisemiten gelingt, den nur durch eine krasse Fälschung möglich gewordenen Feldzug gegen das Kol Nidre mit Erfolg fortzusetzen, ohne daß eine allgemeine Ablehnung erfolgt wäre. Soll man sich noch darüber entrüsten, daß die Antisemiten es verbergen, daß fast in jedem jüdischen Gebetbuch der echte Sinn des Kol Nidre in einer besonderen Anmerkung erläutert wird! Haben doch die Antisemiten selbst das wissenschaftliche Urteil, welches die offizielle protestantische Theologie in ihrem gründlichen und angesehenen Nachschlagewerk, in der theologischen Realencyclopädie von Herzog über das Kol Nidre veröffentlicht hat, gänzlich unbeachtet gelassen! Dort aber steht die Wahrheit über Kol Nidre, wie sie oben dargelegt wird.

Ein anderes Beispiel. In Schulchan Aruch Abt. I § 239 wird bestimmt: „Wenn ein Jude einen Nichtjuden bestohlen hat und man verurteilt ihn (den Juden) zu schwören, und es sind andere Juden gegenwärtig, welche wissen, daß er (der Jude) falsch schwören würde, so sollen diese (Juden) ihn zwingen, mit dem Nichtjuden zu einem Vergleich zu kommen, damit er (der Jude) nicht falsch schwöre, trotzdem er bezüglich des Eides sich in einer Zwangslage befindet, weil durch seinen Schwur der Name Gottes entweiht würde. Wenn er (der Jude) aber unter Zwang steht (bezüglich des Eides) und es ist keine Entweihung des Gottesnamens in der Sache, soll er (der Jude) den Schwur im Herzen nichtig machen, weil er sich bezüglich des Schwurs unter Zwang befindet, wie in dem Fall oben § 232 bestimmt ist." Hierzu der offizielle Kommentar: „Ein Zwangseid heißt, wenn ihm (dem Angeklagten) die Todesstrafe droht; hierbei unterscheidet er (der Schr. Ar.) nicht, ob dadurch der Gottesname entweiht wird (oder nicht). Nur bei einer Zwangslage durch ungerechte Geldberaubung spricht (Schulchan Aruch) von der Bedingung, daß der Gottesname nicht entweiht werden darf". Zu diesem Punkte hat der Rektor des Berliner Rabbiner-Seminars, Prof. Hoffmann in einem dem Leipziger Landgericht auf Verlangen abgegebenen Gutachten (i. J. 1914) sich wie folgt geäussert:

„In den antisemitischen Verleumdungsschriften wird erstens das Wort „ungerechte" unterschlagen, sodann das Wort „Zwang" mit „Strafe" wiedergegeben und so aus „ungerechte Geldberaubung" (d. h. Zwang durch unrechtmäßige Geldwegnahme) „Geldstrafe" gemacht, als handelte es sich um eine vom Richter gesetzgemäß auferlegte Geldbuße. Tatsächlich aber besagt der § 232, auf welchen sich der oben zitierte § bezieht, das folgende: „Wenn ein Jude (Ruben) einem anderen (Simon) Geld in Verwahrung gegeben hat, so kann letzterer, falls ein Nichtjude das Geld des ersteren (Ruben) mit Zwang in ungerechter Weise wegnehmen will, schwören, daß er nichts vom Eigentum Rubens bei sich hat; jedoch

soll er es (das Gesprochene) in seinem Herzen nichtig machen. Aber nur in dem Falle (ist solches gestattet) wenn bei der Sache nicht der Name Gottes entweiht wird."

„Nun beachte man die offiziellen Kommentare:

1. Kommentar Ture Zahab hält das „Nichtigmachen im Herzen" für überflüssig, weil ein unter ungerechtem Zwang ausgesprochener Eid ungültig ist.

2. Kommentar Sifthe Kohen erklärt, die „Nichtigmachung im Herzen" sei deshalb erforderlich, weil ein Frommer auch eine „Vornahme im Herzen" für verbindlich hält. Der Schwur der Lippen war erzwungen und gilt nicht; die Vornahme im Herzen aber, die den Schwur der Lippen begleitet, muß ebenfalls gleichzeitig vom Schwörenden als nichtig empfunden werden.

Das wichtigste aber ist: die überwiegende Mehrheit der jüdischen Kommentatoren und Kodifikatoren lehnen den obigen Paragraphen des Schulchan Aruch ab und bestimmen (gegen den Sch.-A.), daß „wegen eines Geldverlustes sei er noch so groß und die Forderung noch so ungerecht, kein falscher **assertorischer** Eid geschworen werden darf. (Nur ein promissorischer, versprechender Eid, der erpreßt wurde, hat nach der endgültigen Entscheidung des Schulch. Ar. keine Gültigkeit.) So entscheiden folgende autoritäre Rechtsgelehrte: Ramban, Raschba, Ran, Ritba, Nimmuke-Joseph, Elia Misrachi, Mordechai, Ribasch, Schilte-Gibborim, Joseph Colon, Menachem Asarja di Fano, Dagul-Merbabah und David Bistritz. Dies ist das maßgebende Gesetz."

„Hiernach ist ein falscher Eid nur gestattet, wenn man mit dem Tode bedroht wird. Ein solcher Fall liegt in dem von den Antisemiten unentwegt angeführten Schulchan Aruch-Gesetz vor (siehe z. B. den antisemitischen „Judenspiegel" 5. Aufl. S. 86). Dort wird der Dieb mit dem Tode bedroht, wenn er nicht den Reinigungseid leistet, wie dies der Kommentar Sifthe-Kohen ausdrücklich betont. Der Schulchan Aruch gibt auch zunächst gar keine Vorschrift für den Dieb. Dieser würde nach der Annahme des Schulchan Ar. sicherlich falsch schwören, um nicht gehängt zu werden. Nur den anwesenden Juden wird vorgeschrieben, daß sie den falschen Schwur, falls der Name Gottes dadurch entweiht würde, nicht zulassen sollen; vielmehr soll man den Dieb, wenn er Vermögen hat, zwingen, einen Vergleich einzugehen, wenn es auch sein ganzes Vermögen kosten sollte. Hat der Dieb kein Vermögen, so soll man ihm, soweit möglich, behilflich sein (um die Eidesleistung zu vermeiden), damit der Name Gottes nicht entweiht werde. So der offizielle Kommentar. (Der christliche Rechtsgelehrte Kopp schreibt in „Zur Judenfrage" S. 124: „Die modernen Prozeßgesetze haben nicht nur den Reinigungseid abgeschafft, sondern sie verbieten jeden, auch nur indirekten Zwang zur Ablegung eines Geständnisses und lassen niemals die Beeidigung eines Angeklagten zu.")"

Die Antisemiten entstellen durch ihre unkorrekte Uebersetzung den Tatbestand. Aus ihrer „Uebersetzung" ist das Wichtigste nicht zu entnehmen, nämlich, daß es sich um einen ungerechten Zwang handelt; ihre „Uebersetzung" erweckt (soll erwecken) den Anschein, als ob die Auferlegung eines Eides etwa durch den nichtjüdischen Richter nach dem Sch. Aruch eine „Not" bezeichnete und der Sch. Aruch demnach dem Juden erlauben würde, einem nichtjüdischen Richter einen falschen Eid zu leisten. (S. Hoffmann „Der Schulchan Aruch".)

Zum Schlusse sei noch eine weitere antisemitische Fälschung besprochen. Es wird in antisemitischen Schriften folgendes behauptet: „Vor einem öffentlichen Gericht darf ein Jude nicht zum Schaden des anderen (Juden) aussagen — bei Androhung der Exkommunikation."

Professor Hoffmann, schreibt in seinem oben erwähnten Gutachten hierzu das Folgende: „Dies ist eine krasse Unwahrheit, die nur dadurch den Schein der Glaubwürdigkeit erhalten konnte, daß 1. der betreffende Paragraph des Schulchan Aruch nicht bis zu Ende zitiert wird und 2. der dicht daneben stehende Paragraph, der das Gegenteil von der Behauptung . . .'s (Name des Talmud- und Schulchan Aruch-Schänders) klar ausspricht, verschwiegen wird. — Der Wortlaut des betreffenden Paragraphen lautet (Choschen ha-mischpat, Kap. 28, §§ 3—4): „Wenn ein Heide von einem Israeliten (etwas) fordert und es ist ein Israelit da, der Zeugnis ablegen kann dem Heiden gegen den Israeliten, und es ist kein anderer Zeuge da als er (allein), und der Heide fordert ihn (den Juden) auf, daß er für ihn zeuge an einem Orte, wo es Gesetz der Heiden ist, auf die Aussage **eines** Zeugen zur Geldzahlung zu verurteilen: so ist es verboten, das Zeugnis abzulegen, und wenn er es abgegeben hat, so tut man ihn in den Bann." Anmerkung (in Schulchan Aruch-Text): „Jedoch ist er nicht ersatzpflichtig, denn er (der jüdische Zeuge) kann sagen: Ich habe die Wahrheit bezeugt. Läßt es sich aber beweisen, daß er falsches Zeugnis abgelegt hat, so ist er ersatzpflichtig. Wenn (aber) der Prozessierende eingesteht, daß er (der Zeuge) die Wahrheit bezeugt hat, so tut man den Zeugen nicht in den Bann." (Haupttext): „Wenn der Heide von vornherein den Israeliten bestimmt hatte, Zeuge zu sein, so wäre es eine Entweihung des Gottesnamens, wenn er für ihn kein Zeugnis ablegte." — § 4: „Wenn ein Israelit an einen Heiden eine Forderung hat und dieser leugnet ab und der Heide hat **einen** (israelitischen) Zeugen, so darf dieser für ihn zeugen, wenn er ihn dazu auffordert."

(Anmerkung des Gutachters: „Von einer Aufforderung des Gerichts ist hier keine Rede. Dieser darf man sich nicht entziehen.")

Anmerkung im Schulchan Aruch-Text: „Umsomehr dürfen zwei (israelitische) Zeugen für den Heiden Zeugnis ablegen, da doch auch nach jüdischem Rechte auf ihre Aussage hin der Israelit verurteilt werden würde. Ebenso kann an Orten, wo man nicht auf die Aussage eines Zeugen hin zur Zahlung verurteilt, jeder das Zeugnis ablegen." So der Schulchan Aruch.

„§ 4 straft also klar und deutlich die Behauptung . . .'s (der Antisemiten) Lügen, daß ein Jude nicht zum Schaden eines anderen (Juden) aussagen dürfe. Aber auch § 3 erscheint in einem anderen Lichte, wenn man ihn ganz durchliest. Wir erfahren hier, daß es 3 verschiedene Fälle gibt: 1. Wenn der eine Zeuge sicher die Wahrheit vor dem nichtjüdischen Gerichte gesagt hat; in diesem Falle wird er nicht in den Bann getan. Das ist der Fall, wenn sein Prozeßgegner selbst eingesteht, daß er (der Zeuge) die Wahrheit gesagt hat. — 2. Wenn bewiesen

wird, daß er falsches Zeugnis abgelegt hat (z. B. wenn er durch andere Zeugen eines Alibi überführt wird), dann muß er den Schaden, den er seinem Gegner verursacht hat, ersetzen. — 3. Wenn das jüdische Gericht zweifelt, ob der Jude wahr oder falsch ausgesagt hat, indem er (der Zeuge) zwar behauptet, er habe die Wahrheit gesagt, sein Gegner aber sagt, der Zeuge habe gelogen; da kann man (kann das jüdische Gericht) den Zeugen zwar nicht zur Zahlung verpflichten, da er behauptet, die Wahrheit gesagt zu haben. Indessen aber, da Aussage gegen Aussage steht, so wird er, da er sich jedenfalls gegen die Thoravorschrift vergangen hat, welche lautet: „Es darf nicht auftreten **ein** Zeuge gegen einen Mann“ (5. Buch Mos., Kap. 19 V. 15) — zur Strafe in den Bann getan (für 30 Tage). Selbstverständlich galt diese Bestimmung nur in den Zeiten und an den Orten, wo es dem jüdischen Gerichte von der Regierung gestattet war, über die (jüdischen) Gesetzübertreter den Bann zu verhängen. Heute ist die Bestimmung überall absolet, wie bereits in den neueren Ausgaben (des Schulchan Aruch) bemerkt ist.“ So weit Prof. Hoffmann.

Man ersieht aus den obigen Darlegungen, daß die Verdächtigung des jüdischen Gesetzes jeder tatsächlichen Berechtigung entbehrt.

3. Der Ausschuß für Volksaufklärung.

Der Ausschuß für Volksaufklärung in Berlin bildete sich kurz nach der Revolution. Er gab als erstes Flugblatt das bekannte: „Ende des Militarismus — Anfang der Judenherrschaft“ heraus. Ueber den Erfolg dieses Flugblattes schreibt er selbst: „. . . . er war einzigartig, ein nie dagewesener. Heute noch wird das Flugblatt immer wieder aus den verschiedensten Gegenden unseres Vaterlandes angefordert“.

Das Flugblatt war seinerzeit unterzeichnet von den Soldaten Pelzer, Kamrath, Knauer. Der Ausschuß für Volksaufklärung wird heute noch von Pelzer geleitet. Knauer ist in die Versenkung verschwunden, nachdem ihn verschiedene antisemitische Verbände hinausgeworfen haben und er sich bis heute noch nicht von dem öffentlich erhobenen Vorwurf, eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben zu haben, gereinigt hat. Der Sitz des Ausschusses für Volksaufklärung ist in Berlin W 9, Köthener Straße 45, Hof I links. Eine Filiale davon existiert in Rostock und ist bekannt geworden durch die von ihr herausgegebenen gelben Flugblätter: a) „500 Mark Belohnung“, b) „Geheim“, c) „Abkratzen“. Der Berliner Ausschuß hat im ganzen bisher etwa 40 verschiedene Flugblätter herausgegeben, von denen insbesondere das wegen seiner unflätigen Angriffe gegen die jüdische Moral weit bekannte Flugblatt, unterschrieben vom Groß-Deutschen Frauen-Schutz- und Trutzbund, Aufsehen erregte, ebenso auch andere Flugblätter, die im rüdesten Tone gehalten, oft in widerlicher Weise die deutschen Frauen und Mädchen aufforderten, sich von der Geschlechtsgemeinschaft mit Negern, Juden, Mongolen usw. fernzuhalten. Der Staatskommissar zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung schritt seinerseits gegen den Ausschuß für Volksaufklärung ein, beschlagnahmte Flugblätter und sperrte seine Konten. Seine Tätigkeit besteht außer der Herausgabe von Flugblättern dann in der Veranstaltung von Versammlungen in Groß-Berlin, in denen die Herren Kunze, Pelzer, Lehrer Eduard Wolff-Harnier, von Ramin und andere auftraten. In den Versammlungen ging es teilweise sehr stürmisch zu und insbesondere spielten Aufforderungen zu Pogromen und zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden dabei eine Rolle. Seit einiger Zeit gibt der Ausschuß für Volksaufklärung ein Mitteilungsblatt heraus, betitelt: „Unterm Hakenkreuz“, das als Handschrift gedruckt ist und als vertraulich bezeichnet wird. Verantwortlich zeichnet dafür J. Pelzer, Berlin. Wir geben aus Nr. 3 des Mitteilungsblattes vom Oktober 1920 im folgenden einiges wieder:

> „Der Klub der Entschlossenen“.
>
> Ein Teil der Gründer der Vereinigung ist bereits gestorben, ein Teil abgefallen. Die Ueberlebenden, beseelt von dem unerschütterlichen Willen, das Werk fortzuführen und bis über den Tod hinaus zu sichern, haben sich nun in einer engeren Gemeinschaft, dem „Klub der Entschlossenen“, zusammengefunden, der hinfort die Leitung der Vereinigung in die Hand nimmt. Um ein einheitliches, zielbewusstes Arbeiten im ganzen Vaterland und, soweit überhaupt deutsche Brüder und Schwestern wohnen, sicherzustellen, untersteht der „Klub der Entschlossenen“ von heute ab dem „Orden der Einherier Walvaters“.
>
> Die Ordensbefehle sind streng verbindlich und verpflichten Führer, Unterführer und Mitglieder sowohl des „Klub der Entschlossenen“ wie des „Ausschusses für Volksaufklärung“ zu unbedingtem Gehorsam. Euer Führer ist der Ordensleitung seinerseits für gewissenhafte Befolgung aller Ordensbefehle von seiten der Mitglieder verantwortlich. Die Ordensleitung stützt sich bei dieser Anordnung auf die allen Mitgliedern bekannte Erfahrung, dass ohne einheitlichen Willen von keiner Gemeinschaft ein Ziel erreicht werden kann. Zur Herbeiführung des Einheitswillens und -Strebens ist aber unbedingte Hingabe aller Glieder der Gemeinschaft an das ganze und damit freudige, freiwillige Unterordnung unter die Ordensbefehle erforderlich. Hierbei mag jedermann versichert sein, dass nichts von einem unserer Mitglieder verlangt wird, was gegen die Ehre eines deutschen Mannes bzw. einer deutschen Frau verstösst.
>
> Sämtliche Mitglieder des „Ausschuss für Volksaufklärung“ sind gehalten, getreu den ihnen erteilten Anweisungen unablässig an ihrer eigenen Vollendung zu arbeiten und ihre Volksgenossen, Bekannte und Freunde den hohen Ordenszielen gemäss zu erziehen und zu leiten.
>
> Diejenigen Mitglieder, welche nach erlangter Reife und Vorbildung sich dem Grade des „Klub der Entschlossenen“ anschliessen wollen, werden gebeten, das anliegende Aufnahmegesuch ausgefüllt einzusenden.
>
> Als erste Aufgabe ist dem „Klub der Entschlossenen“ zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel aufgegeben worden, nachstehenden Aufruf allen Mitgliedern und Freunden zu übermitteln. So leset denn aufmerksam und handelt dem Auftrage gemäss.
>
> Heil und Sieg Euch Kraftbewussten!
>
> D. O. d. E. W.
> I. A.: Destavo, Obmann.

Aus dem Aufruf geben wir das folgende wieder:

> Seit zwei Jahren opfert unser Führer und Vorsitzender, Herr Ingenieur Pelzer, der durch sein mutiges, unerschrockenes Eintreten für die völkische Sache seine Stellung verloren hat, seine ganze Zeit, seine ganze ungeteilte Arbeitskraft der Aufklärungsarbeit über die verwüstenden Machenschaften des Judentums. Unermüdlich versendet er bei Tag und Nacht unsere Aufklärungsschriften allüberallwohin, ohne an sich und seine Existenz zu denken. Sollen wir ihn dabei im Stiche lassen? Wollt Ihr, werte Freunde, tatenlos zusehen, wie unser Führer sich buchstäblich zu Tode arbeitet? Soll Juda triumphieren?
>
> Freunde! Tag für Tag laufen Anforderungen nach Flugblättern bei unserer Geschäftsstelle ein. Wir können nicht weiter liefern, weil die Geldmittel dazu fehlen. Die uns auf unsere bisherigen Werbebriefe gespendeten Geldbeträge liefen in so beschämend geringer Zahl ein, dass sie kaum zur Bestreitung der Portoauslagen und Bezahlung der Briefumschläge ausreichen. Unsummen von Postsendungen sind bei der Post verloren gegangen, weil anscheinend das Hilfspersonal durch seine Organisationen angehalten wird, unsere Sendungen zu unterdrücken. So erklärt es sich, warum namentlich viele unserer Berliner Mitglieder und Freunde nicht in den Besitz unserer regelmässig versandten Drucksachen gelangt sind. Wir wollen jetzt den Versand darum von anderen Stellen durch Vertrauenspersonen einleiten, damit jeder monatlich in den Besitz unserer Werbeschriften gelangt.

Unter dem Aufruf befinden sich eine Reihe Namen, die anscheinend die Leitung des „Club der Entschlossenen“ repräsentieren, und die wir im folgenden wiedergeben:

Hermann Destavo, Karl Trieb, Ernst Stein, Otto Ritter, Wilhelm Mühling, Paul Hofmann, Fritz Bauer.

Ferner fordert in den „Mitteilungen" ein gewisser Fritz Rösecke auf, eine Bücherei zu gründen, die hauptsächlich Aufklärungen im völkisch-rassischen Sinne gegen Leihgebühr verbreiten. Ferner wird eine deutsch-völkische Rednerschule eingerichtet. In einer Arbeitsanweisung, die dann folgt, heißt es, daß sich alle Mitglieder unverzüglich das Handbuch der Judenfrage von Theodor Fritsch anschaffen sollen und sich dessen Inhalt in spätestens 3 Monaten zum geistigen Eigentum zu machen haben. Dann sollen sich daran allwöchentliche Zusammenkünfte schließen, die in Berlin angeblich seit Juli schon 2 mal in jeder Woche stattfinden. Das Mitteilungsblatt schließt dann in der schon angeführten Arbeitsanweisung mit den folgenden Worten:

Das Ergebnis der Reichstagswahl am 6. Juni hat deutlich gezeigt, dass der völkische Gedanke noch lange nicht durchgedrungen ist. Es ist nicht genug damit erreicht, dass weite Kreise des deutschen Volkes sich einbilden, die deutschnationale Volkspartei sei die antisemitische Partei. Unser Ziel ist es überhaupt nicht, eine antisemitische Partei zu schaffen. Nichts könnte den Juden mehr passen. Alle Parteien müssen von dem unheilvollen Einflusse des Judentums befreit werden. Kein Jude darf hinfort in irgend einer Partei Deutschen gegenüber eine führende Stellung einnehmen. Freie Bahn jedem tüchtigen Deutschen im Deutschen Vaterlande! Unser ist das Land, unser ist die Heimat, unser ist das Nationalvermögen! Die Juden aber haben unserem Volke zurückzugeben, was sie ihm abgewuchert haben. Sie haben kein Recht, sich zu mästen, während wir Deutschen darben. Mögen sie verkommenen Subjekten auch noch so viel Schmiergelder geben, das deutsche Volk lehnt jede Gemeinschaft mit Juden ab. Es sieht in ihnen den Rassefremden, den Schädling, den Schmarotzer: Das mögen sich auch die Christen merken, die im Wohlleben schwelgen und sich nicht entblöden, für die Juden leidige Flugschriften zu verfassen und zu verbreiten, wie dies z. B. während des letzten Wahlkampfes in Schöneberg geschah. „Wehe den Wölfen im Schafspelz! Wehe den Satten! Wehe den Mietlingen!"

Und ferner heißt es in dem Aufruf:

Jüngst erklärte ein jüdischer Führer in Berlin-Schöneberg in einer Versammlung des: „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens": „Unser Generalstabsplan ist fertig, der Krieg kann beginnen!" Freunde wollt Ihr dem untätig zusehen? Unsummen von Geld haben die Juden den Linksparteien gegeben. Wozu, das wisset Ihr Alle! — „Wir Juden müssen uns immer mehr in den Linksparteien organisieren; denn die Arbeiter werden die letzte Rettung der Juden sein". Vgl. unser Flugblatt Nr. 37: Ausspruch des Juden Dr. Alexander im Centralverein.

Auf eine von den Spartakisten in einer Versammlung des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" im September 1919 schriftlich abgegebene Einladung mit dem Wortlaut:

„Kommt zu den Kommunisten, Spartakus"

erklärte der jüdische Vorsitzende dieses Vereins, er danke für diese Einladung, hoffe, dass noch zahlreiche weitere folgen würden, und die Juden würden ihr zahlreich Folge leisten!

Auf einer späteren Versammlung desselben Centralvereins erklärte der Vorstand, die Juden könnten jenen ganz radikalen Juden nicht dankbar genug sein, die die Führung der radikalsten Elemente des Proletariats übernommen hätten, und kein Jude dürfe diese wegen ihres radikalen Auftretens verurteilen, verwerfen oder beschimpfen!*)

Dem Mitteilungsblatt ist als Umschlag ein deutschvölkisches Anzeigenblatt beigefügt, worin folgende Firmen annoncieren, die damit bekunden, daß sie keine jüdische Kundschaft wünschen:

Berlin: Schillbach, Versicherungsagent, Berlin W 9, Köthener Str. 45; Selma Reuter, Photographisches Atelier, Berlin W, Schillstr. 8; Konditorei Karl Krüger Berlin S 14, Neue Roßstr. 14; Rechtsrat Dr. Wilh. Bartelt, Rechtsanwalt, Charlottenburg, Holtzendorfstr. 9.

Barmen: Willy Gotthard Uhlig, Graphische Kunstanstalt Barmen, Uferstr. 6.

Homburg v. d. H.: Franz Büdel, Papier- und Schreibwarengroßhandlung.

*) Die Angaben über den Centralverein sind natürlich völlig unwahr. (Die Red.)

Glauchau i. Sa.: Kleiß, Versicherungsagent, Glauchau i. Sa., Karlstr. 2.

Tondern i. Schlesw.: Jacob A. Bödewaldt, Tondern i. Schleswig, Osterstr. 7.

Kattowitz: Weiland, Kattowitz, Nikolaistr. 47.

4. Zum Fall Ruge.

Im „Heidelberger Tageblatt" vom 18. Dezember befindet sich folgende Notiz:

„Herr Arnold Ruge hatte am Tage der Universitätsfeier ein von Beschimpfungen strotzendes Flugblatt losgelassen, gegen das bereits, wie wir mitteilten, der Allgemeine Studentenausschuss Verwahrung eingelegt hat. Weiter ist in dieser Sache folgender Anschlag des engeren Senats am schwarzen Brett erschienen: „Herrn Dr. Arnold Ruge ist auf Antrag der philosophischen Fakultät vom Ministerium des Kultus und des Unterrichts die venia legendi entzogen worden, weil er durch sachlich unbegründete und ehrenkränkende Vorwürfe wiederholt die Universität als Gesamtkorporation, den Rektor und Prorektor, seine nächsten Fachkollegen wie auch andere Mitglieder der Fakultät grob beleidigt hat. Das ihn ausschließende Urteil ist vom Staatsministerium bestätigt. Herr Dr. Ruge maßt sich trotzdem immer noch den Titel Privatdozent an. In erneuten Angaben und Denkschriften bezeichnet er das Urteil als einen an ihm verübten Rechtsbruch und schiebt den an dem Urteilsspruch beteiligten Kollegen unter, dass sie aus Rachsucht oder niederträchtiger Gesinnung ihn geächtet haben. Herr Dr. Ruge beweist damit nur, daß er nicht fähig ist, die ihm mitgeteilten sachlichen Gründe zu verstehen. Seine Verleumdungen reichen an die von ihm angegriffenen Kollegen nicht heran. Der engere Senat hält seinen Schild vor die zu unrecht geschmähten Mitglieder der Universität. Allen unseren Kollegen stehen die Akten über den Fall Ruge zur Einsicht offen; ebenso den von der Studentenschaft erwählten Vertretern. Wir haben nichts zu verbergen. Die festgestellten Tatsachen werden jeden objektiv Urteilenden davon überzeugen, daß gegen Herrn Dr. Ruge, solange es ging, mit Nachsicht und Milde verfahren wurde. Der Senat vertraut darauf, daß darnach jeder die gegenwärtigen wie die etwa noch kommenden Angriffe des Dr. Ruge richtig einschätzen und es verstehen wird, daß die beleidigten Kollegen darauf verzichten, den Schutz der Gerichte gegen ihn anzurufen. Bartholomae, Beer, Th. Curtius, Endemann, Enderlein, Gruhle, Hoops, v. Schobert, Thoma, Windelband."

Interessant ist auch die Stellungnahme des wahrhaftig nicht judenfreundlichen Allgemeinen Studentenausschußes zu Dr. Ruge. Dieser hatte anläßlich der Universitätsfeier beleidigende Flugblätter gegen die Philosophische Fakultät verteilt. Der Allgemeine Studentenausschuß hat nun hierzu eine Stellung eingenommen, wie sie den Anforderungen akademischer Würde und Sachlichkeit entspricht. Er hat mit überwältigender Mehrheit folgende Entschließung gefaßt: „Der Allgemeine Studentenausschuß mißbilligt aufs schärfste das Verhalten des Herrn Dr. Ruge bei der letzten Universitätsfeier und am 14. 12. 20 und wendet sich gegen die Beleidigungen der philosophischen Fakultät und der jüdischen Studenten, ohne zu dem Streit zwischen Dr. Ruge und der philosophischen Fakultät sachlich Stellung zu nehmen."

Der Vorstand der Vereinigung nichtplanmäßiger Dozenten hat einer Notiz des Heidelberger Tageblattes vom 22. 12. 20 zufolge die nachstehend abgedruckte Erklärung abgegeben:

„Der Vorstand der Vereinigung nichtplanmäßiger Dozenten hat dem Engeren Senat der Universität Heidelberg angesichts des Verhaltens des Herrn Dr. A. Ruge folgende Erklärung abgegeben: Wir lehnen den Vorwurf der Ehrlosigkeit, den er gegen nicht für ihn eintretende Universitätslehrer erhebt, aufs nachdrücklichste ab. Wir beurteilen im Gegenteil sein Verhalten als schwersten Verstoß gegen akademischen und persönlichen Anstand und bitten deshalb den Senat, dafür Sorge tragen zu wollen, daß Herrn Dr. A. Ruge die weitere Führung der noch immer von ihm angemaßten Bezeichnung „Privatdozent an der Universität Heidelberg" unmöglich gemacht wird."

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß unter den Mitgliedern des Engeren Senats, die den Anschlag am schwarzen Brett unterschrieben haben, sich Beer und v. Schubert befinden. Beer, Prof. d. evang. Theol. ist jener, der in Fritsches Jahresprozeß ein für uns ungünstiges Gutachten abgab, zweiter Vors. der Vaterlandspartei. Geh. Kirchenrat v. Schubert war mit Ruge sehr befreundet und leitete mit ihm zusammen während des Krieges jahrelang vaterländische Abende.

5. Die Verjudung des deutschen Antisemitismus und Nationalismus.

Die unter der Leitung von Dr. Heinrich Pudor herausgegebene politische Wochenschrift „Der Deutsche Volksrat" brachte im Oktober 1919 einen Artikel „Die Verjudung des deutschen Antisemitismus und Nationalismus", den wir wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung im folgenden auszugsweise wiedergeben. Anknüpfend an die Tagung der deutschnationalen Volkspartei heißt es nach den üblichen Beschuldigungen der Juden:

„Nicht nur um Halbheiten und Flauheiten, sondern um eine Verjudung des deutschen Nationalismus handelt es sich. Auch dies das Werk der Juden, die sich seit Jahren in alle nationalen Organisationen hineingedrängt haben und naturgemäß das größte Interesse daran haben, daß der Antisemitismus immer nur bis zu einem gewissen Grade sich hervorwagt und daß er den Juden niemals wirklich gefährlich wird. Deshalb wird dieser halbe und flaue Antisemitismus von den Juden sogar unterstützt und gefördert, und es ist leider eine Tatsache, daß in allen nationalen und antisemitischen Organisationen wenn nicht Juden, so Halbjuden mitten drin sitzen. Und diesem verjudeten Antisemitismus sind auch die von uns wiederholt behandelten Dinge in der Hauptleitung der deutschnationalen Partei zu danken.

Diesem halben und flauen, den Juden ungefährlichen, verjudeten Antisemitismus gehört heute in Deutschland fast alles an, was antisemitisch ist. Vor einigen Monaten schien es, als sollte endlich Sturm geblasen werden. Der Ausschuß für Volksaufklärung, der Deutsche Schutz- und Trutzbund, der Münchener Beobachter und gewisse Teilströmungen im Deutschvölkischen Bunde bewiesen es. Was ist uns von alledem geblieben? Der Ausschuß für Volksaufklärung will sich nach seiner Wiederherstellung anscheinend Schärfen und Härten abgewöhnen. Der Deutsche Schutz- und Trutzbund gerät in das Fahrwasser des Fritsch'schen klügeren Kulturantisemitismus' All das bedeutet das Judentum im Antisemitismus. Und so desgleichen der Antisemitismus des Bundes der Landwirte*) und der Deutschen Tageszeitung. Als Antwort auf unseren Leitartikel in Nr. 3 erhielten wir von besonderer völkischer Seite ein Zustimmungsschreiben, in dem es heißt: „Ich habe die Notwendigkeit Ihres scharfen Vorgehens eingesehen. Ihr Aufsatz gegen Bund der Landwirte, Deutsche Tageszeitung, von Wangenheim ist eine völkische Tat ersten Ranges. Lassen Sie nicht locker! Sehen Sie sich einmal Richard Nordhausen genauer an! Wenn ich Ihnen raten darf, so konzentrieren Sie Ihre Stoßkraft gegen den Feind in unserem eigenen Lager! Dieser Aufgabe dient heute noch kein völkisches Blatt! Alle konservativ und hoch hochnational sein wollenden Blätter dienen nur dem Geschäftsnationalismus."

Und wer sitzt sonst noch in der Schriftleitung der Deutschen Tageszeitung? Da ist, abgesehen von dem Hauptschriftleiter und dem schon gekennzeichneten Richard Nordhausen und dem Volljuden Salzgeber ein Herr Schacht, der aller Wahrscheinlichkeit nach ein Bruder des Demokraten und Bankdirektors Schacht ist. Und Graf Reventlow? Vielen über alle Zweifel erhaben. Aber er fällt durchaus nicht aus dem Rahmen dieser Herren. Denn er hat, worauf wir schon neulich hinwiesen, vor der Revolution sich mit seinem Antisemitismus nicht hervorgewagt und er verkündet ihn neuerdings unter dem Drucke der Volksstimmung nur bis zu dem erwähnten gewissen Grade und tritt ausdrücklich wiederholt für Verständigung mit dem Judentum ein. Und gerade Graf Reventlow betätigt damit nicht nur den verjudeten Antisemitismus, sondern auch den verjudeten Nationalismus und hat diesen zu Deutschlands Schaden während des ganzen Weltkrieges betätigt. Er hatte das Vertrauen weiter Kreise des deutschen Volkes und hätte leicht ein Führer und Begeisterer des deutschen Volkes sein können, aber Halbheit und Flauheit war immer nur das, was er vertrat. Und vertrödelte seine Zeit und die seiner Leser mit kleinen Zänkereien mit Berliner Tageblatt und Vorwärts, mit denen er sich ununterbrochen neckte, als ob es nur ein Spiel sei. Aber aufs Ganze und allein auf die große heilige Sache ist er nie eingegangen. Der Aufstieg Deutschlands zur Weltherrschaft dünkte ihm ebenso lächerlich wie etwa dem Berliner Tageblatt. Das ist das, was wir Verjudung des deutschen Nationalismus nennen. Und bis zu einem gewissen Grade gilt das Gleiche vom Alldeutschen Verbande, der während des Krieges oft genug schwieg, oft sich versteckte, niemals zu dem großdeutschen Gedanken sich zu bekennen wagte und mit einem unzweideutigen Antisemitismus erst ganz neuerdings hervorgetreten ist. Die Jahrgänge der Alldeutschen Blätter 1914 bis 1919 liegen vor. Man prüfe und urteile selbst!

Und wir fanden und finden diese Verjudung des Nationalismus auch anderswo und werden uns gelegentlich weiter damit beschäftigen. Für diesmal sei nur noch geraten, sich einmal die Frage vorzulegen, welche Art von Nationalismus Theodor Fritsch in seinen „Hammer" durch all die Jahre bis heute vertreten hat! . . .

Diese Verjudung des deutschen Nationalismus, ja des deutschen Nationalgefühls bildet die tiefere Ursache,

*) Man sehe sich eine Nr. nach der anderen der Zeitschrift „Bund der Landwirte" an, ob, inwieweit und wie oft darin der Jude überhaupt genannt wird!

daß es und warum es nicht zu einer Erhebung kommt, zu einer Erhebung nicht nur vom Judenjoch, sondern auch zur Erhebung von der Fremdherrschaft der Ententevölker. Wie oft haben wir dazu aufgefordert! Aber es gab kein Echo. Eher noch folgte man dem Gelächter des Berliner Tageblattes — als ob eine Erhebung heute noch möglich wäre! Wir hatten auf Lettow-Vorbeck gehofft und hofften auf v. d. Goltz! Und doch ist es zur Wiederaufrichtung niemals zu spät. Aber die Verjudung des Deutschbewußtseins läßt sie nicht zu.

Darum: Der Augiasstall muß ausgekehrt werden. Aber zuerst müssen wir reine Wirtschaft im eigenen Lager machen. Sonst wirds nimmer besser . . .“

6. Die Taktik des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.

Wir bitten unsere Freunde zu beachten, daß sich die Taktik des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in den letzten Monaten in folgenden Punkten auswirkt:

1. Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund steht über den Parteien und über den Konfessionen.

Die erste Behauptung ist besonders anzugreifen, weil z. B. der Kapp-Putsch gelehrt hat, daß der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund nichts weiter ist, als ein Köder für die Rechtsparteien. Man bemüht sich auch geflissentlich, und der Hauptgeschäftsführer Alfred Roth hat neulich selbst zur Feder gegriffen, zu behaupten, daß der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund keinerlei Konfessionen zuleibe gehe. Die fortdauernden Angriffe aus dem antisemitischen Lager auf das Christentum und insbesondere auf die katholische Religion sind der Bundesleitung sehr unangenehm, liegen aber zwangsläufig in den antisemitischen Bestrebungen begründet.

2. Neuerdings wird immer wieder und wieder in den Versammlungen des Bundes behauptet, man versuche vergebens die Bestrebungen des Bundes mit dem Worte „Antisemitismus“ abzutun. Der Bund richte sich nicht gegen die Juden als Menschen, sondern gegen „jüdisches Wesen, gleichviel, ob es im Körper eines Juden oder Ariers stecke. Dies Wesen sei in seiner nur auf Profit bedachten, von der Scholle unabhängigen Art ein scharfer Gegensatz zu dem von der heimatlichen Scholle innerlich abhängigen und darum von Vaterlandsliebe getragenen arischen Charakter. Die nur auf Profitgier eingestellte Denkungsart sei aufs schärfste und mit allen Mitteln unerbittlich zu bekämpfen und auszurotten, wenn unser Volk genesen solle. Gleich verächtlich der, der auf dem goldenen Kalb mit dem Gesicht nach vorn reite mit dem, der rückwärts darauf sitzend nur mit dem Rücken gegen den anderen ankämpft. Unter dem letzteren verstand der Redner denjenigen, der, was auch vorkomme, trotz des Hakenkreuzes auf der Brust, doch unarischen und undeutschen Geist bekunde.

Diese Taktik ist natürlich besonders gefährlich und allzusehr geeignet, unerfahrene aber wohlmeinende Deutsche einzufangen. Daß in Wirklichkeit der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund ausschließlich die Juden meint, bedarf für einen Kundigen keiner Frage.

7. „Orgesch“, „Stahlhelm“, „Harmonie“ und „Freundschaft“.

Vor dem Eintritt in „Orgesch“ (siehe Mitt. Nr. 25), „Stahlhelm“, „Harmonie“ und „Freundschaft“, vier in innigstem Zusammenhang stehenden Organisationen, muß dringend gewarnt werden. Auf Grund der Satzungen des „Stahlhelm“ lagen Bedenken gegen diesen Bund bisher nicht vor. Intensive Ermittungen unsererseits haben indessen folgendes ergeben:

Auf einer internen Zusammenkunft der Mitglieder des „Stahlhelm“ in Bremen — Bremer Volksblatt Nr. 251 vom 26. 10. 20 — erklärte der Vorstand, die Organisation wolle alle Bürgerlichen zusammenschließen, um zu einem großen Schlage zahlreich gerichtet zu sein. Die Organisation Orgesch sei aus dem Stahlhelm hervorgegangen. In ähnlicher Weise sei vor kurzem „Musikverein Harmonie“ gebildet und eine neue Abteilung unter dem Namen „Freundschaft“ wolle man ihm jetzt angliedern. Alle 4 Organisationen seien aber Eins, die Vereinigung sei militärisch organisiert, doch seien Ausdrücke wie Regiment usw. ersetzt durch Landesfahne, Bundesfahne, Abteilungsfahne u. a., um nicht mit der Entente in Konflikt zu geraten. Ziel der Vereinigung sei Niederwerfung eines Putsches von links, ein Schlag gegen den Feind auf der anderen Seite des Rheins und Kampf gegen die verdammten Juden, die unsere Regierung verkaufen wollen. „Dafür gibt es nur ein erfolgreiches Mittel: Aufhängen, wie wir es in München getan haben, dann haben wir Ruhe.“ Im Falle eines Putsches würde man überall in der Stadt Plakate mit Sammelplatz, Formationen usw. vorfinden.

8. Antisemitismus und Welthandel.

Der nachfolgende Artikel ist dem Londoner Tageblatt „The Jewish Times“ vom 6. Dezember 1920, Seite 2, entnommen. Das Blatt erscheint in jiddischer Sprache und ist unter den Juden Englands und unter den Ostjuden der ganzen Welt sehr verbreitet. Aehnliche Aufsätze sind in den letzten Monaten in den amerikanischen jüdischen Zeitungen sehr häufig erschienen und scheinen von einer Zentrale in London auszugehen. Der Artikel lautet:

Antisemitismus und Welthandel.

Man hätte glauben sollen, daß man in Deutschland heutigen Tages andere Sorgen hat, als den Juden zuzusetzen, man hätte genug mit sich selber zu tun. Das ist aber ein Irrtum. Obwohl man nachsinnen muß, wie man die paar hundert Milliarden zusammenkriegt, um die Schulden zu bezahlen, die man der ganzen Welt schuldet, obwohl man trachten muß, daheim die Parteien auszugleichen, die sich gegenseitig bekämpfen mit einem Haß, als wären sie ganz fremde Völker, obwohl man sich das Gehirn austrocknen muß, woher Nahrung zu nehmen für 65 Millionen Menschen, woher man das einfache trockene Brot und die Kartoffeln nehmen soll, findet man doch Zeit, sich mit den Juden zu beschäftigen.

Einige Monate vor dem Kriege hatte sich der Antisemitismus in Deutschland ein wenig beruhigt. Von Anfang des Krieges an haben die deutschen Juden so viel Patriotismus bewiesen, brachten so viele Opfer an Blut und Gut, dienten dem Vaterlande so treu, daß sogar die größten Pessimisten glaubten, der Antisemitismus sei gestorben und werde sich nie mehr von den Toten erheben. Nachher werden die Juden in Frieden leben können, besonders, da man sicher gewußt hat, daß, wie immer der Krieg ausfallen würde, es in Rußland keinen Ansiedlungsrayon für die Juden mehr geben würde, und wenn die Juden die Möglichkeit haben werden, sich in ganz Rußland anzusiedeln, werden sie nicht mehr nötig haben, nach Deutschland einzuwandern. Dann werden die Anti-

semiten keinen Vorwand mehr haben zu schreien, man müsse das Vaterland vor der Ostjudengefahr retten.

Schließlich sind all diese Hoffnungen zu Wasser geworden. Schon während des Krieges im Jahre 1915 erneuerte der Antisemitismus seine Jugend. Es fing eine Judenhetez auf eine großartige Weise an, ganz wie in den guten Zeiten von Stöcker und Ahlwardt. Man fing an, aufs neue zu schreien wegen der Ostjudengefahr: Um Himmelswillen, Deutschland wird ja gewiß siegen, dann wird es halb Rußland wegnehmen, gerade jene Gouvernements, die am meisten von Juden bewohnt sind. Was soll man also mit diesen paar Millionen Ostjuden anfangen? Eine schwierige Frage! Man zerbrach sich den Kopf und man kam zu dem Schlusse, daß es keinen anderen Rat gebe, als abermals einen Ansiedlungsrayon [illegible]zurichten. Aber seine Grenzwand solle sich im Westen befinden. Während der Zar die Juden nicht nach dem Osten einwandern ließ, sollte Kaiser Wilhelm sie nicht nach dem Westen einwandern lassen. Außerdem erinnerte man sich, daß die Juden in Deutschland selber eine große Gefahr für das Vaterland bilden. Man holte alle alten Rechnungen hervor und fing an aufs neue Lärm zu schlagen. Das ging immer stärker und stärker. Nach der Niederlage und der Revolution aber hat die antisemitische Agitation einen neuen Weg eingeschlagen. Nach der Revolution fing man an zu schreiben: Die Juden haben den Weltkrieg gemacht, die Juden haben den großen Haß gegen die Deutschen in der ganzen Welt entzündet, die Juden haben die deutsche Armee von hinten erstochen, die Juden haben den Bolschewismuss gemacht, die Juden haben Kaiser Wilhelm verjagt, die Juden haben die ganze Teuerung gemacht, die Juden essen das ganze Brot auf, die ganze Butter, das ganze Fleisch und wir leiden Hunger! Die Juden sind die einzigen Schleichhändler, die Juden nehmen das ganze Vermögen weg, die Juden verderben das ganze Volk, die Juden führen alle Schätze an Silber, Gold und Banknoten nach dem Ausland, damit sie keine Steuern zahlen, die Juden nehmen die besten Häuser und Wohnungen weg und wir wissen nicht wo wir wohnen sollen, die Juden trinken die ganze Milch aus und unsere kleinen Kinder werden verdorren und sterben an Typhus. An allem sind die Juden schuld, gäbe es keine Juden, so wäre hier einfach das Paradies.

Man hätte nun glauben können, daß in Deutschland mindestens 10 Millionen Juden da sind, die sich zusammengenommen haben und diese ganze Verheerung anrichten. In Wirklichkeit gab es im früheren Deutschland etwas mehr als ½ Million Juden zwischen 67 Millionen Einwohnern. Im allgemeinen kommt auf 100 Einwohner kaum ein einziger Jude. In Deutschland konnte man ganze Tage umherreisen und nicht einen einzigen Juden antreffen. Wie ist das nun möglich, daß diese Handvoll Juden die Kraft haben soll, ein so großes Land und eine so starke Nation zu zerstören, die doch eben in diesem Kriege solche großen Heldentaten bewies, daß die halbe Welt sich vereinigen mußte, um sie zu überwinden? Aber was nützt das Fragen. Wer nicht glaubt, daß die Juden an allem schuldig seien, der ist ein Verräter, ein Judenknecht, ein Verkaufter, denn hinter diesen paar Juden in Deutschland stehen alle Juden der ganzen Welt, sie sind miteinander verknüpft und verbunden auf eine geheimnisvolle Weise, und alle haben sich verschworen, das deutsche Vaterland und das deutsche Volk zugrunde zu richten. Und nicht nur das deutsche allein, sondern die ganze Welt und alle europäischen Völker und Länder und sogar Amerika, und nachher werden die Juden allein bleiben auf der ganzen Welt und „werden aufrichten die Judenherrschaft". Alle Gojim werden bei den Juden Sklaven sein, wirkliche Sklaven, jetzt haben sie wenigstens ein bißchen Freiheit, aber nachher, wenn erst die Juden Herrscher sein werden, werden sich die Gojim nicht einmal rühren dürfen. Sie werden nicht die Erlaubnis haben, ein einziges Wort zu reden, vor allen Dingen aber werden die Juden ihnen das ganze Geld wegnehmen, den ganzen Grund und Boden, alle Fabriken und die ganze Herrschaft.

Solche Dinge erzählt man dem großen deutschen Volke der Dichter und Denker, aus dessen Mitte so viele große und berühmte Forscher, Künstler und Gelehrte hervorgegangen sind. Und merkwürdig ist es, daß die meisten im Volke das glauben. Es sind sehr viele dicke „gelehrte" Bücher und Hunderte von Broschüren gedruckt worden, welche dem Volke alles das „bewiesen". In hunderttausenden von Exemplaren sind diese Bücher und Broschüren verbreitet worden unter dem ganzen Volke in allen Kreisen. Man hat sie sogar in andere Sprachen übersetzt. Die deutschen Antisemiten selber machen eine starke Propaganda in der ganzen Welt, schicken ihre Werke nach dem Auslande und hetzen die in Deutschland lebenden ausländischen Zeitungskorrespondenten und ausländischen Diplomaten und dergleichen gegen die Juden im Auslande auf.

Jetzt hat eine starke Auswanderung aus Deutschland nach Südamerika, Nordamerika, Australien, nach Südafrika, nach Littauen, Lettland, Rußland angefangen. Und überall, wohin die Deutschen kommen, verschleppen sie den deutschen Antisemitismus. Das haben sie sogar schon während des Krieges getan, überall wo sie gewesen sind, sei es als Freund, sei es als Feind, überall haben sie Antisemitismus zurückgelassen. In der Türkei, in Bulgarien, in Ungarn, sogar in Rumänien, wohin, wie man hätte meinen sollen, es doch wahrlich nicht nötig war, Antisemitismus aus dem Auslande zu importieren. Da haben die deutschen Offiziere und Beamten die Juden auf eine Weise behandelt, daß diese Gott dankten, als man sie endlich los wurde.

Die jüdischen Zeitungen in Amerika haben in den letzten Monaten schon oft über die Frage des Handels mit Deutschland geschrieben. Deutschland ist jetzt gezwungen, seinen Auslandshandel wieder aufzubauen, besonders mit Rußland und mit Amerika. Dabei tritt Deutschland ein in eine Konkurrenz mit England und mit Amerika. England und seine Kolonien wollen ebenfalls Waren nach Rußland und nach ganz Osteuropa und sogar nach Amerika schicken. Amerika will ebenfalls Waren nach Osteuropa und besonders nach Rußland schicken. In Rußland, Polen, Littauen und sogar in Ungarn und den umliegenden Ländern, auch in Jugoslavien und in Rumänien ruht der Handel fast ausschließlich in den Händen der Juden. Ohne die Juden kann man in jenen Ländern einfach keine Geschäfte machen, sogar die Juden in Amerika spielen eine große Rolle im Handel mit Europa, besonders mit Deutschland. Die jüdischen Shopkeepers (Ladenbesitzer) beziehen ihre Waren mit Vorliebe aus Deutschland, z. B. Kinderspielzeug, Baumwollprodukte, Papierwaren, Holzwaren und dergleichen. Die Ostjuden wiederum fahren immer nach Deutschland, um dort Waren einzukaufen und sie nach Rußland bis weit nach Asien hinaus zu verbreiten. Nun erhebt sich die Frage, muß das immer und ewig so bleiben? Haben es die Juden und insbe-

sondere die Ostjuden nötig, den deutschen Antisemitismus zu unterstützen und ihm behilflich zu sein, sich über eine halbe Welt auszubreiten, zu herrschen in ganz Osteuropa und sogar in Nord- und Südamerika? In den Jahren von 1879 bis jetzt war Deutschland immer das Land, von wo aus sich der Antisemitismus über die ganze Welt ausbreitete. Die russischen Chuligans haben von den Deutschen gelernt, daß man Juden morden und austreiben darf, die schlimmsten Antisemiten in Rußland waren Deutsche z. B. Plehwe. Mit dem deutschen Kaufmann und der deutschen Ware kommt überall der deutsche Antisemitismus mit hinein. Die meisten amerikanischen Juden stammen selber aus Osteuropa. Warum sollen sie nicht lieber Handel treiben mit England und seinen Kolonien? Die englische und amerikanische Ware ist sicherlich nicht geringer als die deutsche, der englische und amerikanische Kaufmann ist nicht weniger ehrlich und fein und kreditwürdig als der deutsche Kaufmann, der Unterschied besteht nur darin, daß jener keinen Antisemitismus macht, er ist nicht grob und aufgeblasen wie der Deutsche und er hegt nicht die Ueberzeugung, daß der Jude kein Mensch sei, er macht mit einem Wort keine antisemitische Propaganda. Das ist der einzige Unterschied zwischen dem deutschen und dem englischen und dem amerikanischen Techniker, Doktor, Angestellten und sogar Arbeiter.

Darum haben die jüdischen amerikanischen Zeitungen sehr recht, wenn sie fragen: haben es die Juden nötig, den deutschen Handel und die deutsche Industrie zu unterstützen und damit zu helfen, daß der Antisemitismus sich in der ganzen Welt ausbreitet, oder sollen sie lieber trachten jene Länder und Völker zu unterstützen, die ihre Freunde sind?

Das ist die wichtige Frage.

9. Toller und die Deutschvölkischen.

Die Skandalszenen, die sich vor kurzem anläßlich der dritten „geschlossenen" Aufführung von Tollers „Masse Mensch" in Nürnberg abspielten, waren Gegenstand von Erörterungen in der Sitzung des Stadtrats in Nürnberg am 15. Dezember. Die Vorstellung war für Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bestimmt, da die Kartenentnahme jedoch nur mäßig war, wurden gegen Namensunterschrift 80 Karten für Nichtmitglieder der Arbeitsgemeinschaft abgegeben. Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund hatte dem Stadtrat eine Denkschrift überreicht, in welcher gegen die Aufführung des Tollerschen Stückes „Masse Mensch" protestiert und die Ausschreibung von Stadtratswahlen gefordert wurde. Bürgermeister Treu beantragte nach der Verlesung der Denkschrift angesichts des Tones einfach zur Tagesordnung überzugehen. In der Diskussion teilte Stadtrat Süßheim mit, daß die Deutschvölkischen zur Inszenierung der Skandalszenen sich in gewissen Wirtschaften gewisse Leute gesucht und ihnen Theaterbillette verschafft hätten, wobei sie ihnen sagten, sie könnten sich bei dieser Gelegenheit einmal „gesund machen". Denn wenn es zu wüsten Szenen im Theater komme, achte niemand darauf, wenn einem Juden auch eine Uhr oder eine Brieftasche wegkomme.

Der Antrag Treu auf Uebergang zur Tagesordnung wurde mit allen gegen 4 Stimmen angenommen.

10. Dr. Pentha-Tull-Schliepmann.

Der Verfasser der unter trügerischem Decknamen erschienenen Schmähschrift „Die siegreiche Weltanschauung und wir Juden" ist ein sehr großer Freund der Anonymität, der schleichenden Verleumdung, gewesen. Im Jahre 1918 erschien aus seiner Feder, aber ohne Namensnennung, ein von der völkischen Presse über den grünen Klee gelobtes Werk: „Die Wenigen und die Vielen", das sich angeblich zur Aufgabe gemacht hat, die Gesamtheit unserer Kulturäußerungen „vom Standpunkt der Aristokratie aus kritisch zu überprüfen". Das wichtigste Kapitel dieses Buches „Eindeutschung der Judenfrage" war auch als Sonderabdruck erschienen und in der antisemitischen Presse als „geniale Lösung" der Judenfrage verherrlicht worden. Für ein anderes vor dem Kriege erschienenes Werk, den Roman: „Was das Leben erfüllt", hat Adolf Bartels im deutschen Schrifttum mächtig die Reklametrommel gerührt. Ihm hatte es offenbar die Hauptfigur des Romans, „ein Berliner Jude, Bankier, der mit der ganzen geschäftlichen Rücksichtslosigkeit seines Stammes ausgestattet ist", angetan. Zur Charakteristik dieses völkischen Tendenzschriftstellers sei noch mitgeteilt, daß er im vorigen Jahre in einem Aufsatz in der „Täglichen Rundschau" dafür eintrat, daß „der Deutsche eine höhere Auslese in der Gattung Mensch werden müsse". Herr Schliepmann-Pentha-Tull hat für seine Person ebenfalls einen vielversprechenden Anfang mit dieser „Höherzüchtung" des deutschen Edelmenschen gemacht.

11. Ein Vortrag Dr. Max Maurenbrechers.

Dr. Max Maurenbrecher, der Nachfolger Wulle's als Leiter der Deutschen Zeitung, hielt am 6. Dezember auf Veranlassung des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Leipzig einen Vortrag über das Thema „Deutscher Glaube", den wir im folgenden kurz wiedergeben (nach einem Bericht der Leipziger Neuesten Nachrichten, Nr. 339, vom 9. 12. 20):

In der Betonung der Volkseigentümlichkeiten, die bei dem Deutschen in der Seelenhaftigkeit, dem Suchen nach dem Edlen auch bei Andersvölkischen bestände, liege die Aufgabe des Deutschen. Das deutsche Wesen pendle zwischen dem religiösen und sittlichen Pole. Sowohl an Erziehung durch Gott wie durch Menschen müsse man glauben. Die Menschheit entwickle sich zu ewig neuen Veredlungen. Das Endziel des deutschen Volkes, das seiner Geschichte nach zu Bedeutendem berufen erscheine, sei der Völkerbund des Rechtes und der Freiheit. Wenn irgendwer sei der Deutsche zur Ausführung dieser Idee ausersehen, die aber ihrerseits nur aus der Kaiseridee erwachse. — Der Redner ging dann auf die Durchsetzung des deutschen Volkskörpers mit fremdrassigen Elementen ein. Dagegen sei ebenso wie gegen die aus der Demokratie erwachsenden Gefahren der allerengste deutschvölkische Zusammenschluß das geeignetste Mittel. Die proletarische Frage müsse durch Beseitigung oder Umbau von Mißständen gelöst werden. Wie gelange man nun zur Erzielung solcher Leistungen? Man müsse von den Juden lernen. „Wir müssen uns zum lebendigen Gotte unserer Geschichte stellen wie die Juden sich zu ihrem Jahve gestellt haben. Wir müssen uns als das ungeheuerste Volk fühlen, das Gott für die ungeheuerlichste Aufgabe der Geschichte bestimmt habe. Drei Eigenschaften müssen uns durch Gegenwart und Zukunft führen: Kraft, Stärke, Straffheit."

12. Pressl.

In Nr. 29 der Mitt. berichteten wir über den Aufklärungsbund freier werktätiger Arbeiter Deutschlands und die Vorträge der Nürnberger Arbeiter Pressl und Kleinlein. Am 7. Dezember sprach der deutschvölkische, frühere Arbeiterführer Pressl der, wie uns aus Nürnberg berichtet wird, auch Mitglied des roten Matrosenbundes war, in Charlottenburg vor ca. eintausend Zuhörern über das Thema „Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum". Pressl schilderte, was ihn, den ehemaligen Kommunisten zum eifrigen Anhänger der deutschvölkischen Sache gemacht hat. Er habe erkannt, daß Kapitalismus, Kommunismus und Judentum ein und dasselbe seien. Als erstrebenswerteste Ziele der deutschvölkischen Bewegung stellte er folgende fünf Punkte auf:

1. Verstaatlichung aller Großbanken.
2. Gesetzliche Auflösung aller Logen und Geheimverbände.
3. Förderung des Siedlungswesens (Aufbau von Kriegerheimen).
4. Schaffung von Einheitsschulen.
5. Gesetzliche Einführung des Fremdenrechts.

13. Der deutschnational-jüdische Materialismus.

Bei einer Weihnachtsfeier der deutschnationalen Volkspartei in Teptow a. d. Rega sprach der Vorsitzende der deutschnationalen Volkspartei, Herr Zahnarzt Gleinig. Nach einem Bericht der antisemitischen Rega-Zeitung vom 28. Dez. gab er „der ernsten Meinung Ausdruck, daß die Deutschen vom Materialismus Judas, der bis in die deutschnationalen Reihen reiche, zum deutschen Idealismus zurückkehren, der allein zum Wiederaufstieg führe."

14. Die Drohnen.

Wir erhalten die Abschrift folgenden Beschlusses:
St. A I a 276—20.

Beschluß

des Amtsgerichts Wurzen vom 20. Oktober 1920.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden wird hiermit gemäß §§ 94 flg., 7 Abs. 2 der Strafprozeßordnung, § 27 des Prozeßgesetzes, § 130 des R.-Strafgesetzbuches die

Beschlagnahme

der von Kurt Oskar Bischoff, früher in Wurzen, verfaßten und von Reinhold Müller in Wurzen gedruckten Schrift „Die Drohnen" angeordnet. Die die Beschlagnahme veranlassenden Stellen befinden sich in den fünf ersten Absätzen des Schlußwortes auf Seite 30 in Verbindung mit den ersten Ausführungen am Ende des ersten Absatzes auf Seite 4. Durch diese Stellen wird die deutsche Arbeiterschaft zur möglichst raschen, gewaltsamen Beseitigung oder Unschädlichmachung der in Deutschland lebenden Juden aufgefordert. Es werden also durch die Druckschrift in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich gereizt, (Vergehen nach § 130 R. St. G. B.) da die Schrift zur Verbreitung unter der gesamten Bevölkerung bestimmt ist und nachgewiesenermaßen in Dresden schon öffentlich verbreitet worden ist.

Hallbauer
beglaubigt, den 25. Oktober 1920.
Staatsanwaltschaft Dresden
Exp. Fischer.

Die in Frage kommende Stelle auf Seite 30 lautet: „Aufwachen! sich besinnen, Hand anlegen ziemt dir, du deutscher Michel! Gehe zum Bienenstock und sieh', was dort einmal im Jahre vorgeht!

Im Herbst ist der Bienenstock erfüllt mit fleißigen, arbeitsamen Bienen, die den inneren Trieb haben, möglichst viel Honig einzutragen, damit der Stock während des Winters genügende Nahrung hat. Im Laufe des Sommers aber hat im Bienenstocke die Schar der männlichen Bienen sich breit machen gelernt, — die Drohnen! — Sie gehen mit den Honigvorräten des fleißigen Volkes verschwenderisch um. In den schmalen Gassen des Bienenstockes hat am Ende die Arbeitsbiene kaum mehr Platz vor den dicken anmaßenden Remplern. Da erhebt sich an einem Tage das gesamte Volk der Arbeitsbienen. Jede Drohne wird von einer kleinen Schar Bienen gezwackt, gehörig gebissen und vor den Stock hinausgeworfen. Die Drohnen, ihrer Nährquelle beraubt, gehen in kurzer Zeit rettungslos zugrunde.

Das Bienenvolk weiß sich seiner Aussauger nach seiner Art zu entledigen. Wir aber wollen uns nicht einmal innerlich stark machen gegen den Fremdkörper in unserem Volke, uns weiter moralisch verderben und kapitalistisch aussaugen lassen?

Gehet zur Biene und lernet von ihr! Du deutscher Arbeiter bist die Biene, — der Jude die Drohne! Oder ist er es nicht? Sieh die wohlgenährten Gestalten der Judenherren und Judendamen und die abgezehrten von Sorge und Arbeit ums Vaterland zermürbten Gestalten der besten deutschen Bürger!"

15. Das Hakenkreuz der Höchster Farbwerke.

Durch die Presse ging kürzlich eine Notiz, in der darauf hingewiesen wurde, daß die Höchster Farbwerke als Warenzeichen das Hakenkreuz benutzen. Auf unsere Vorstellung beim Aufsichtsrat der Höchster Farbwerke wurde uns mitgeteilt, daß das Hakenkreuz von der Firma schon vor 10 Jahren, bevor es den unangenehmen Charakter angenommen hatte, als Warenzeichen eingeführt worden ist.

16. Bund der Deutschen Nordmährens.

Von Olmütz aus verschickt der Bund der Deutschen Nordmährens (deutschvölkischer Schutzverein für Nordmähren) Rundschreiben wegen Unterstützung seiner Waisenkolonien. Diese Rundschreiben tragen die Unterschrift des Geschäftsführers Fiedler und des Bundobmannes Braß. Der Bund selbst hat bisher keine bündige Erklärung über seine Stellung zum Antisemitismus abgegeben. Es ist aber mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es sich hier um eine Gründung antisemitischen Charakters handelt. Demgemäß wird von Unterstützungen der Vereinigung durchaus abgeraten

17. Der Fall Kahn.

Infolge eines sehr energischen Vorstoßes des deutschvolksparteilichen Reichsschatzministers von Raumer im Reichstage, beschäftigt die deutsche Oeffentlichkeit sich eingehend mit dem Fall Kahn. Kahn hat mit den „Deutschen Werken", welche aus den früheren Spandauer Reichsbetrieben durch eine Umstellung in industrieller Hinsicht entstanden sind, sich angeblich in die Millionen gehende Vorteile verschafft, welche das Reichsinteresse schwer schädigen sollen. Wie weit man zu Vorwürfen gegen Kahn und gegen das Direktorium der „Deutschen Werke" berechtigt ist, steht dahin, da das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen ist. Für uns aber ist von Bedeutung, in welch gehässiger Weise die Angelegenheit von der antisemitischen und deutschnationalen Presse ausgebeutet wird. Wir geben daher im folgenden einige Angaben wieder, ohne damit für oder wider den Kahn-Vertrag Stellung nehmen zu wollen, welche sich in einem Leitartikel des „Vorwärts" vom 9. 12. (Nr. 602, Morgenausgabe) befinden. Danach ist Herr Kahn der Werkdirektion empfohlen worden von der Disconto-Gesellschaft, die ihm die nötigen Millionen für die Sicherstellung der Vertragserfüllung zur Verfügung stellte. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Disconto-Gesellschaft ist der geheime Kommerzienrat Emil Kirdorf in Gelsenkirchen, der als Mitglied der deutschnationalen Volkspartei bekannt ist. Die Vorwürfe richten sich besonders gegen den Direktor der Reichswerke, Dr. Eugen Katz, wozu der „Vorwärts" bemerkt, daß der Aufsichtsrat der Deutschen Werke gegen eine Stimme einen Antrag angenommen hat, wodurch der Direktion die volle Pflichterfüllung bestätigt wird. Diese Ehrenerklärung sei angenommen worden, mit den Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder, die Herr von Raumer der jene Anklagen vortrug oder vortragen ließ, parteipolitisch und persönlich am nächsten stehen.

Wir bemerken noch, daß auch seitens der Arbeiterschaft, die fast 40 000 Köpfe stark ist, der Direktion Ehrenerklärungen zugegangen sind.

Da die Angelegenheit von großer Bedeutung ist und vermutlich bei den kommenden Wahlen eine üble Rolle spielen wird, so werden wir, wenn notwendig, noch einmal darauf zurückkommen.

18. Zur Verjudung des Theaters.

Das „Deutsche Wochenblatt" vom 8. 9. 20 brachte unter der Ueberschrift „Zur Verjudung des Theaters" die Mitteilung, das Charlottenburger Opernhaus sei am 1. August in die Hände einer jüdischen A. G. übergegangen und diese habe natürlich sofort die Eintrittspreise um 100% erhöht. Ein Aufsichtsratsmitglied des Deutschen Opernhauses erklärt demgegenüber auf unsere Anfrage, daß das Charlottenburger Opernhaus noch dieselbe A. G. sei wie bei der Gründung vor ca. 10 Jahren, daß die Abonnementspreise den allgemeinen Teuerungsverhältnissen um $33^1/_3$ (nicht 100%) erhöht seien und daß nur 2 Mitglieder des Aufsichtsrates Juden seien. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß das Deutsche Opernhaus sich nicht rentiert.

19. Eine beherzigenswerte Mahnung.

Auf dem im September und Oktober d. Js. in Berlin und Düsseldorf abgehaltenen VII. Evangelischen landeskirchlichen, sozialen Kursus stand im Mittelpunkte der Verhandlungen ein von dem „Grenzboten" jetzt als Beiheft zu Nr. 47 und 48 verbreiteten Vortrag von Prof. Dr. Fritz Kern: „Die neue Armut und die neuen Armen", der recht anschaulich die wirtschaftliche und geistige Zerrüttung des neuen Deutschland schildert und in diesem Zusammenhange auch auf den Antisemitismus zu sprechen kommt.

Man klagt die Juden an, daß sie die Opferstimmung im Kriege am frühesten durchbrochen und das Beispiel gegeben haben, dem die gesamte Volksmasse bis in den Abgrund gefolgt ist. Wenn manche Juden bei all den Gewissensproben, welche die Kriegsverhältnisse an jeden einzelnen stellten, die Flucht vor der allgemeinen Sache begünstigt und damit Schule gemacht haben, so wäre es indess gefährlich, das Quantum der Fahnenflucht auf unserer Seite geringer anzunehmen. Es ist nicht das richtige, die Schuld nur beim andern zu sehen und sich dadurch der eigenen zu entlasten. Jedes Volk hat die Juden, die es verdient. Wenn wir nicht lernen, durch eigene nationale Kraft unsere Juden positiv mitzureißen und sie so national zu machen, wie es nun einmal die Juden Englands und Frankreichs sind, so kann die antisemitische Welle, die augenblicklich durch unser Land geht, nichts nützen, aber viel verderben. Nicht spalten und abstoßen, sondern verbinden und anziehen ist die Aufgabe wahrer solidarischer Arbeit an Volk und Staat. Wir schlugen so oft in unserer Geschichte zu spät und schlugen ins Leere. Möchte man darum weniger gegen die Juden als gegen den Geist der Unsolidarität bei den Juden wie bei uns selbst ankämpfen. Man wird dann denjenigen Teil des Judentums, der mit dem Deutschtum geht, nicht aufs Neue in einen Haß hineintreiben, den wir uns in unserer jetzigen Ohnmacht am wenigsten leisten sollten. Und man wird zugleich Positives zur Erziehung unseres eigenen Volkes leisten . . . In der neuen deutschen Gemeinschaft, auf die unsere Zeit zugeht, müssen die besten der deutschen Juden sich in unserem Hause als Bruder fühlen lernen und Schulter an Schulter mit uns die gemeinschaftsfeindlichen Kräfte bekämpfen. Das müssen wir ihnen ermöglichen, indem wir die rechte Form der Abwehr wie der Zusammenarbeit finden.

Es ist lange her, daß auf einem Evangelisch-kirchlichen Kongreß so warme Töne der Versöhnung zwischen den einzelnen Ständen und Konfessionen angeschlagen wurden. Möge die beherzigenswerte Mahnung nicht in den Wind gesprochen sein. C. B.

20. Abgeordneter Geyer.

Es sind verschiedentlich Zweifel aufgetaucht, ob der Abgeordnete Geyer Jude oder jüdischer Abstammung ist. Kürzlich wurde dem Abgeordneten Fritz Geyer diese Frage vorgelegt. Er war ganz verblüfft: von Hause aus Zigarrenarbeiter hat er nie davon gehört, daß irgend jemand seiner Vorfahren Nichtchrist gewesen sein soll. Selbst von seinem Urgroßvater weiß er, daß er Protestant war.

21. Erklärung des Bundes für buddhistisches Leben.

Der „Bund für buddhistisches Leben“ veröffentlicht in Nr. 719, II. Jahrg. der „Zeitschrift für Buddhismus“ folgende Erklärung:

Dieses altehrwürdige Hakenkreuz, das im alten Indien jahrtausendelang Symbol der Brüderlichkeit und Liebe war, ist von unserer alles umstürzenden Zeit auch nicht verschont geblieben und als Feldzeichen politischer Parteien in gehässige Bruderkämpfe verwickelt worden. Da man uns in letzter Zeit, dieses gemeinsamen Abzeichens willen, von verschiedenen Seiten als Gesinnungsgenossen und Mitkämpfer in der politischen Armee begrüßte, in völliger Verkennung unserer Ziele, die nur der Ausbreitung von Buddhas milder Lehre gelten, fern jedem politischen, wirtschaftlichen oder religiösen Streite, und nachdem sich die Stimmen aus unserem Freundeskreise mehren, die auf Abwehr und Klärung drängen, sehen wir uns heute zu unserm schmerzlichen Bedauern zu der Erklärung veranlaßt, daß wir, solange das Hakenkreuz von politischen Parteien als Kampfzeichen geführt wird, auf die weitere Benutzung desselben zu verzichten gezwungen sind. Unsere Druckschriften — Vorräte mit dem aufgedruckten Swastika-Kreuz — werden selbstverständlich aufgebraucht, weitere Auflagen ohne dasselbe hergestellt.

Bund für buddhistisches Leben
und Verlag der Zeitschrift für Buddhismus.
Schriftleitung:
Dr. Wolfgang Bohn, Dölau b. Halle a. S. und
Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

22. Fürsorgestellen im Reiche.

Das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands versendet die nachfolgend abgedruckte Aufstellung seiner Fürsorgestellen im Reiche:

Allenstein, Jüdische Arbeiterfürsorgestelle, Kaiserstraße.
Beuthen O.-S., Jüdische Arbeiterfürsorgestelle, Hohenzollernstraße 11.
Bochum, Jüdische Arbeiterfürsorgestelle, Luisenstraße 12.
Breslau, Jüdische Arbeiterfürsorgestelle, Freiburger Straße 10.
Chemnitz, Jüdische Arbeiterfürsorgestelle, Brückenstraße 1.
Dresden, Hilfsstelle für jüdische Flüchtlinge, Zeughausstr. 2.
Duisburg, Jüdische Arbeiterfürsorgestelle für Rheinland-Westfalen, Quergasse 4.
Frankfurt a. M., Beratungsstelle für ostjüdische Flüchtlinge, Lange Straße 30.
Hamburg, Arbeiterfürsorgestelle der jüdischen Organisationen in Hamburg, Hartungstr. 9/11, Logenheim.
Kattowitz O.-S., Jüdische Arbeiterfürsorgestelle für Oberschlesien, im Hause der Synagogengemeinde.
Köln a. Rh., Jüdische Arbeiterfürsorgestelle, Barbarossaplatz 7.
Königsberg, Arbeiterfürsorgestelle für ostjüdische Flüchtlinge, Kaiserstraße 32.
Königshütte O.-S., Arbeiterfürsorgestelle der jüd. Organisationen, Poststraße 2.
Mannheim, Jüdische Arbeiterfürsorgestelle, M. 2. 3.
München, Fürsorgestelle der jüdischen Organisationen Münchens, Herzog-Max-Straße 7.
Saarbrücken, Jüdische Arbeiterfürsorgestelle für das Saargebiet, Futterstraße 25.
Stettin, Jüdische Arbeiterfürsorgestelle, Elisabethstraße 10.

23. E. M. Arndt.

Unter den Männern, welche die Antisemiten als Kronzeugen ihrer Ansicht benutzen, spielt häufig und gerade in letzter Zeit der Name von Ernst Moritz Arndt eine Rolle. Wie wenig sie berechtigt sind, diesen Mann für sich in Anspruch zu nehmen, zeigen folgende Stellen, die wir in Arndts Werk „Versuch in vergleichender Völkergeschichte“ (Leipzig 1844) Seite 18 ff finden:

„Hier (am Mittelmeer) finden wir zuerst und vor allen andern die Hebräer oder die Kinder Israels, einst der Haß des Menschengeschlechts und noch jetzt der Spott der Völker und in manchen Ländern als der Auswurf und Abscheu der Sterblichen betrachtet, und doch welche Woltäter unser aller, gleichsam ein großes blutiges historisches Opfer, welches Gott in seiner unerforschlichen Weisheit als solches aufbewahrt und zum Heil des Geschlechts hingegeben hat. Wenn in Asien in den Sagen und Urgeschichten der Chinesen, Indier und Perser einzelne Personen erscheinen, so erscheinen sie fast immer nur als Gesamtbilder des Gedankens, als mytische mit Uebermenschlichkeit und mit übermenschlichen Kräften und Eigenschaften begabte und gerüstete Wesen; sie erscheinen und verschwinden uns endlich gleich wie leere und glänzende Götterträume der Fantasie. Wie ganz anders alles bei dem Hebräer! Sein Adam und Adams Söhne und Urenkel, sein Seth und sein Noah, seine Patriarchen Abraham, Isaak, Jakob, Melchisedeck, Mose sind wahre Menschen, sie sind von unserm Blut und Gebein. So geht es fort durch die Reihe der Richter, Helden, Könige und Propheten bis zum Schluß des unglücklichen Volkes, wo der Heiland und Weltverjünger kommt, welchen sie verworfen haben. Wir erblicken hier das Urleben und das schöne Urbild, wo der sterbliche Mensch noch unmittelbar mit Gott und Gottes Engeln verkehrt, aber die begabtesten, die begnadigsten Menschen, ein Abraham, ein Mose, ein David, ein Jesaja, bleiben mit festen und sichern Füßen auf der Erde stehen, nicht als schwimmende Nebelgestalten der Fantasie, sondern in voller leiblichster Wirklichkeit auf dem festen Boden der Erde. Hier haben wir in der Geschichte zuerst (denn weiter hin nach Osten, selbst nach Aegypten hin, ist alles in jenen Zeiten für uns kaum Dämmerung) die Persönlichkeit dem Himmel und Gott gegenüber in ihre heiligen Rechte eingesetzt, eine volle Menschengestalt, volle und echte Triebe im Guten und Bösen; hier tut sich die erste Erscheinung der Majestät der sittlichen Welt auf. Denn nur, wo der Mensch im süßen Gefühl eigener Freiheit und eigenen Daseins, gelöst von den Schrecken der Naturgewalt oder herausgerissen aus dem Zustande, worin er in einer gewissen Starrheit, welche keine Großheit noch Selbstmacht ist, mit ihr zusammenfällt — nur, wo er auf eigenen Füßen sich stehen und wandeln fühlt, Gott gegenüber als das geistige Geschöpf, an dessen Kämpfen mit der Welt er seine Lust haben wollte, nur da kann von Persönlichkeit und Sittlichkeit die Rede sein.

Es werden hier also die alten Juden, die Kinder Israel, gelobt, und müssen gelobt und glücklich werden, weil sie Gott in seiner Persönlichkeit, nicht in bunt schimmernden und zerfließenden Nebelgestalten eines mannigfaltig gebrochenen Daseins geschaut haben, weil sie ihm gegenüber als geistige zur Freiheit- und sittlichen Würdigkeit geschaffene Wesen sich selbständig empfunden haben. Ich spreche hier von den Büchern des Alten Bundes. Diese Bücher des Alten Testaments, was für ein Weltbuch sind sie, man möchte sagen, ein ewiges Lebensbuch für alle Zeiten und Geschlechter! Das hat nach dem frommen Herder Goethe sehr schön gesagt. Doktor Martin Luther hat diese Bücher oder vielmehr dieses Buch, jetzt Bibel genannt, zu einem Volksbuch gemacht, und hat damit eine Fülle von Klugheit, Verstand und Weisheit in die Hände des Volkes gegeben. Nur die Protestanten kennen den Protestantismus, die helle lichte Klarheit desselben von dieser Seite; denn hier, auf diesem Felde, muß man seine Wirkungen gesehen und erlebt haben. Dem evangelischen Bürger und Bauern, dem Norddeutschen, dem Württemberger, Schweizer, Schweden, Engländer, welche reiche Lehre ist ihm in diesem Buche, das er in seiner Muttersprache esen darf, geöffnet und dargeboten!

O das ist eine mächtige sittliche Kraft in der Verständigkeit und Witzigkeit, die es in der Sprache der Einfalt auch dem Geringsten mitteilt, weit über die nüchternen Schulbücher und albernen Kinderschriften, womit jetzt die Jugend der sogenannten Gebildeten ach! und leider auch schon die Jugend des untersten Volks zu viel genährt, verdreht und geschwächt wird. Hier, in diesem alten Testament und in seinen Geschichten, lebt der Protestantismus vor den Protestanten, das Luthertum vor dem Doktor Martin. Da ich die Protestanten nenne, so könnte man mit einer Vergleichung, welche gewiß in manchen Punkten zutrifft, das Judentum den Protestantismus der alten Welt, das Hellenentum ihren Katholizismus nennen.

24. Gerüchte.

I.

In der Küstriner „Oder- und Warte-Zeitung" vom 21. 12. erschien folgende Notiz:

„Bei einer jüngst in Schlesien veranstalteten Führersitzung der Kommunisten war Versammlungsleiter der Vorsitzende des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens".

Von dort aus wurde die Notiz von mehreren anderen Tageszeitungen, so „Greifswalder Zeitung", „Rega-Zeitung", „Wahrheit" etc. übernommen. An sämtliche in Betracht kommenden Zeitungen wurde sofort eine entsprechende Berichtigung verschickt, wonach die Nachricht durchaus auf Unwahrheit beruht.

II.

Vor Monaten brachten die Zeitungen langatmige Berichte über Schiebungen mit Benzin und Holz, durch die die Stadt Elberfeld Millionen verloren haben sollte. Ausnahmsweise wurde die Schuld hier nicht den Juden ohne weiteres aufgebürdet, sondern den unsinnigen Sozialisierungsbestrebungen angerechnet. Wir müssen es uns versagen, auf Einzelheiten einzugehen weil wir Persönlichkeiten schonen müssen, die lediglich in gutem Glauben gehandelt und bereitwillig die Folgen ihrer Handlungsweise auf sich genommen haben. Unsere eingehenden Nachforschungen haben aber das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß bei der ganzen Angelegenheit Juden weder direkt noch indirekt beteiligt waren oder im Zusammenhang mit derselben auch nur genannt werden konnten.

III.

Auf Seite 620 der Oktobernummer der Zeitschrift **„Deutschlands Erneuerung"** fand sich der Satz: „Sagte doch der Leipziger Rabbiner Goldmann öffentlich: „Der Jude eignet sich nicht zum Landwirt, überhaupt nicht zu körperlicher Arbeit". Herr Rabbiner Dr. Goldmann das Mitglied unseres Hauptvorstandes, wandte sich an die Schriftleitung der Zeitung und bat um Berichtigung auf Grund des § 11 des Pressegesetzes. Die Redaktion übermittelte hierauf diesen Brief dem Verfasser des Aufsatzes in „Deutschlands Erneuerung", Herrn Leo Haubenberger. Darauf bekam Dr. Goldmann folgende Antwort:

Deutsch-Oesterreichischer Schutzverein
Antisemitenbund
Ortsgruppe St. Pölten.

St. Pölten, am 14. 11. 20

Gemeinderabbiner Dr. Goldmann, Leipzig,
König-Johann-Str. 17

Lehmann, München, übermittelte mir die Abschrift eines Briefes, in dem Sie gegen den Ausspruch, den ich in meinem Aufsatze von Ihnen aufführte, Stellung nahmen.

Sie wollen wissen, wann, wo und in welchem Zusammenhange Sie den angeführten Satz gesprochen und geschrieben haben. Sie sprachen davon in einer nur Juden zugänglichen Versammlung. Die Meldung hiervon brachten arische Blätter in Oesterreich im Maien 1919, in der u. a. auch berichtet wurde, daß Sie den Ausspruch taten: „Wir Juden sind geistige Aristokraten, ein Volk von Königen."

Daß man Ihrer Rede auch von anderer arischer Seite Beachtung zollte, beweisen beiliegende Spruch-Verschlußmarken.

Hoffentlich erinnern Sie sich jetzt Ihrer Worte.

gez. Leo Haubenberger.

Der beigefügte Klebezettel enthält die Worte:

„Der Jude eignet sich nicht zur Landwirtschaft, überhaupt nicht zu körperlicher Arbeit.

Der Leipziger Jude Goldmann."

IV.

Seit längerer Zeit war wiederholt in öffentlichen Blättern die Behauptung verbreitet worden, die Juden hätten in Verfolgung persönlicher Interessen den Kommunisten Geldzuwendungen gemacht. Auf unsere dieserhalb beim Staatskommissar für öffentliche Ordnung erhobene Beschwerde unter Vorlage des Gegenbeweismaterials hat derselbe unter dem 22. 12. 20. Tgb. Nr. III, 17692/20 hierüber mitgeteilt, er habe den Herrn Preußischen Justizminister und Minister des Innern, sowie die Justizminister der größeren Bundesstaaten gebeten, in einer ihnen geeignet erscheinenden Weise den Gerüchten oder Behauptungen in diesem Zusammenhange entgegenzutreten.

Wir bitten für möglichst weite Verbreitung dieses Bescheides zu sorgen.

25. Zur Beachtung.

Die Arbeit des Centralvereins wird häufig erschwert, in nicht wenigen Fällen sogar unmöglich gemacht dadurch, daß die Landesverbände und Ortsgruppen Anfragen unsererseits entweder gar nicht oder zu spät beantworten. Berichtigungen, Klarstellungen, Erklärungen u. dgl. konnten durch diese Verzögerung vielfach nicht erfolgen oder wären erst so spät möglich gewesen, daß der beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden konnte. Uns wird dann in der Regel der Vorwurf gemacht, wir hätten es an der erforderlichen Sorgfalt fehlen lassen.

Deshalb richten wir an die Landesverbände und Ortsgruppen die dringende Bitte, etwaige Anfragen unsererseits so bald als möglich zu beantworten oder, falls eine baldige Beantwortung nicht möglich ist, uns wenigstens eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen zu wollen. Wir sind unsererseits ja auch nach Kräften bemüht, jede Anfrage möglichst umgehend zu erledigen.

Die Landesverbände und Ortsgruppen werden im übrigen dringend gebeten, die offizielle Schreibweise des Central-Vereins mit C statt mit Z beizubehalten, um auch nach der formalen Richtung hin, die Einheitlichkeit nicht zu stören.

Aus der Literatur.

26. a) Die Judenfrage in England.

Von G. E. Winzer.
Deutschvölkische Verlagsanstalt (A. Götting) Hamburg 1.
Preis Mark 9.—

Als erstes Buch einer Reihe von Veröffentlichungen über die Juden im Auslande, die ihren Abschluß in einer Darstellung über die Juden in Deutschland in englischer Sprache finden soll, erscheint „Die Judenfrage in England". Der Verfasser geht davon aus, daß Werden und Ausgang des Krieges der jüdischen Internationale zu verdanken sei, deren Zusammenhänge aufgedeckt werden müßten, um die ganze Welt zu einer Einheitsfront gegen das Alljudentum zu sammeln. Dann geht er zur Geschichte der Juden in England über, die nach mancherlei Wandlung mit einem vollständigen Siege des Judentums geendet habe. Von diesem Zeitpunkte ab datiere die nationale Verschuldung der Engländer, die aus einem kräftigen, gesunden Volke, das Ackerbau getrieben und in Dörfern gewohnt habe, zu einem verweichlichten, industrietreibenden, in Städten zusammengepferchten geworden seien. Er schildert dann den gegenwärtigen Stand der judengegnerischen Bewegung in England. Von Veröffentlichungen müßten in erster Reihe erwähnt werden „The Jews Who's Who" — der englische Semi-Kürschner, der die führenden englischen Persönlichkeiten auf ihre Religions- und Rassenzugehörigkeit hin untersucht. Den größten Teil der Rathenau'schen „Dreihundert Weltherrscher" will Winzer unter den englischen Juden wiederfinden. Als zweite Publikation von großem Werte wird „The Jewish peril" genannt — die Weisen von Zion, die durch die Hinweise in den „Times" die Aufmerksamkeit weiter bisher uninteressierter Kreise auf die internationale Wirksamkeit des Judentums gelenkt habe. Eine völkische Monatsschrift „Jewry, jewry über alles" entspricht in ihrer Kampfesweise unserer völkischen Presse. Als einen Umstand der die jüdische Herrschaft in England besonders gefestigt habe, erwähnt Winter die Ansicht des Volkes und des Königshauses, aus jüdischem Blute zu sein und die verloren gegangenen zehn Stämme Israels zu repräsentieren. Alles, was uns in Deutschland vorgeworfen wird: Namensänderung zwecks Täuschung der Umwelt, Strebertum nach Adel und Aemtern, Beeinflussung der Logen und Presse in jüdischem Sinne, Feigheit im Felde — finden wir nach Winzer in England wieder. Die meist deutschen Namen der Juden in der ganzen Welt hätten sehr viel Schuld an dem Deutschenhaß, da alle die Schandtaten dieser Deutschnamigen wirklichen Deutschen auf Rechnung gesetzt worden seien. — Wenn das Winzer'sche Buch einen tatsächlichen und umfassenden Ueberblick über den Antisemitismus in England gibt, können wir deutsche Juden uns nur wünschen, daß es mit ihm bei uns ebenso stünde: beschränkt auf eine kleine, einflußlose Schar von verbitterten Hohlköpfen.

b) Der jüdische Einfluß in Deutschland.

Politisch, wirtschaftlich, geistig in statistisch-bildlicher Darstellung nach wissenschaftlichen und amtlichen Quellen von Bernhard Funck, Sickingen-Verlag, München, Pettenkoferstr. 22, 1920 Preis etwa Mark 2.40.

Der textliche Teil dieser dünnen Broschüre von knapp 30 Seiten Umfang erhebt sich inhaltlich wenig über die üblichen Behauptungen von der Schuld der Juden am Kriege, dem deutschen Zusammenbruch etc. Der Hauptinhalt besteht in statistischen und graphischen Darstellungen nach folgenden Gesichtspunkten: Zahl und Vermehrung, die Juden als Berufsklasse, Vermögenslage, Hochschule, Aerzte, Rechtswesen, Kriegsgesellschaften, Geldwesen, Politik und Regierung, Presse und Literatur, Freimaurerei, Juden im Heer, Krankheiten, Strafwesen, Juden und deutsche Kultur im Auslande. Der Verfasser behauptet, das Zahlenmaterial aus teilweise von jüdischer Seite stammenden Quellen zu haben. Von den Angaben seien nur einige Zahlen hervorgehoben, aus denen der „objektiv-wissenschaftliche Standpunkt" des Verfassers klar zu Tage tritt. So behauptet er, daß die Zahl der mosaischen Juden in der ganzen Welt 15 Millionen betrage, einschl. Rassejuden das Doppelte. In Deutschland lebten nicht 600 000, sondern fast 2 Millionen Juden, die Vermehrungsquote der Juden seit 1870 betrage 339 %. In Berlin seien von 202 Universitätslehrern 150 Juden etc. Die Wirkung dieser Broschüre auf den unbefangenen Leser muß groß sein. Die angegebenen Zahlen werden wir sicherlich in antisemitischen Zeitungen, Flugblättern, Reden usw. wiederfinden. Als Fortsetzung dieser Schrift kündigt der Verfasser ein Buch an, das tausende von Juden namentlich mit ihren Stellungen aufzählen wird.

c) Die jüdischen Parteien.

Von Baruch Krupnik.
Jüdischer Verlag Berlin 1919, Preis 1,75 M.

Krupnik versucht, eine Darstellung der jüdischen Parteien zu geben, eine lohnende Aufgabe, die aber zum mindesten einige Objektivität verlangt, welche dem Verfasser vollständig abgeht. Gerechtigkeit und Unparteilichkeit muß auch der zionistische Schriftsteller wenigstens zu wahren versuchen. Was schreibt Krupnik über den Centralverein?

„Bis jetzt war hier die Rede von der Gliederung der jüdischen Parteien nach Prinzipien und Ideen. Es gibt aber in der jüdischen Oeffentlichkeit des Ostens und des Westens noch Gruppen, die durch nichts anderes als durch Opportunitätsrücksichten geleitet sind. Das sind lose

Vereinigungen, die ihr je nach den Umständen wechselndes Programm meistens negativer Art auf allen Wegen und Umwegen rein geschäftsmäßig, ohne Pathos, aber beharrlich durchzusetzen suchen. Vertreter dieses Typus in Deutschland ist der bekannte „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der die Existenz des jüdischen Volkes verneint und folglich keine Antwort auf die jüdischen Probleme zu geben hat, nicht einmal auf das religiöse Problem. Denn „jüdischen Glaubens" ist für diese Organisation nur ein Schild, um die Tatsache ihres unfreiwilligen Judenseins irgendwie aussprechbar zu machen."

Vorstehende Bücher sind zu beziehen durch Philo Verlag und Buchhandlung, G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 13.

27. Kleine Mitteilungen.

Deutschvölkischer Chor. Der „Deutsche Herold", die Lesergemeinde der „Deutschen Zeitung", hat einen Chor gegründet, der nationale Veranstaltungen verschönen, zugleich aber auch durch Sonderdarbietungen die Kasse des Herold aufbessern soll. Dirigent ist Paul Weyland, der „Einsteingegner".

„Völkische Rundschau". Die in Düsseldorf erscheinende „Freie Meinung" wird vom 1. Januar ab unter obigem Namen erscheinen. „Sinn und Ziel bleibt wie bisher."

Antisemitismus in Amerika. Das Jüdische Korrespondenz-Büro meldet aus New York:

Sämtliche jüdischen Organisationen Amerikas veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung gegen die berüchtigten „Protokolle der Weisen von Zion" und gegen die vom Autofabrikanten Ford systematisch geführte antisemitische Hetze. Die gesamte Presse schenkte dieser Erklärung grosse Aufmerksamkeit und die führenden Tagesblätter befürworten sie in eingehenden Leitartikeln.

Verbot des Zettelanklebens. Die Barmer Polizeiverwaltung erliess im „Barmer Anzeiger" vom 1. Dezember d. J. eine Bekanntmachung, wonach sie gegen die „Verschmutzung des Strassenbildes durch Flugblätter und vor allem durch Anschläge an öffentlichen Gebäuden, Brücken, Laternenpfeilern usw. unnachsichtlich einschreiten" wird. Es handelt sich in erster Linie um die Klebezettel des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Der Detaillisten-Verein, der Verein zum Schutz für Handel und Gewerbe, der Bürgerrat und der Haus- und Grundbesitzerverein haben gleichfalls gegen die wilde Zettelkleberei Front gemacht und Belohnungen für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Reichstagsabgeordneter Morath. In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Wolfhagen machte der volksparteiliche Redner, Reichstagsabgeordneter Morath. antisemitische Äusserungen über die Kriegsgesellschaften, die von Leuten einer bestimmten Konfession benutzt würden, um sich vom Kriege zu drücken. Gegen diese Äusserung hat unser Vertrauensmann Möllerich scharf, wie das Casseler Volksblatt hervorhebt, „sehr geschickt mit schlagenden Zähnen", eingegriffen. Das hatte den Erfolg, dass Herr Morath in seinem Schlusswort einen grossartigen Rückzug antrat und sich entschuldigte.

Der Jahresbericht der Firma Krupp. Die Friedrich Krupp A.-G., von der immer behauptet wurde, dass sie nur Fabrikate herstelle, die von vaterländischem Interesse seien, hat die Fabrikation folgender Maschinenarten aufgenommen: Papierkalander, Erntemaschinen, in Verbindung mit Ernemann Kinoapparate; zur Krupp-Gesellschaft gehören auch das Verkaufskontor für Motorfahrzeuge G. m. b. H, Berlin, der Vertrieb Kruppscher Kleinmaschinen G. m. b. H., Berlin. Als Reingewinn wird im Geschäftsbericht ein Betrag von M. 79,5 Mill. aufgeführt.

28. Presseschau.

Hier nur Wiedergabe der wichtigsten Artikel und Notizen; Erwiderungen werden von Fall zu Fall gesondert gebracht.

Im Heft 5 von **„Neues Leben"**, schreibt Emil Rüdiger-Innsbruck unter „Und wenn sich alle an mir ärgerten — —" über die Krönung der Judensehnsucht durch die 14 Punkte Wilsons. 4000 Jahre Rassezucht, zielbewusste Vorbereitung, Gotteslästerung, Religionsschändung, Fälschung der heiligen Schriften, Verführung der Nichtjuden zum Goldwahn, unheldische Stoffgesinnung — all dies habe in den 14 Punkten Ausdruck gefunden. Früher hätten die Juden den Geist, die Deutschen die Macht gehabt. Heute sei es umgekehrt. Und wo Geist gegen Macht stände, siege der Geist.

Das Dezemberheft der Monatsschrift **„Neues Leben"** bringt einen Artikel von Dr. Heinrich Pudor „Das Heil von den Juden", in dem auf zahlreichen Textstellen des Neuen Testamentes der Beweis gestützt wird, dass auch dieses, ebenso wie das Alte, dessen Fortsetzung es sei, dazu verfasst wurde, die nicht jüdischen Völker zu entnationalisieren, um die jüdische Weltherrschaft durch Mittel des Geistes aufzurichten. Der stärkste Schlag, den man dem Judentum versetzen könnte, sei die Aufdeckung dieses Zweckes des Neuen Testamentes; dann sei die Bahn für das Germanentum wieder frei.

Der Leitartikel der **„Deutschvölkischen Blätter"** Nr. 49 (2. 12.) von Traugott Rosche in dem er anfangs manche Sünden der Landbevölkerung, ihren Mangel an sozialer Gesinnung zugibt, weist dann auf die beginnende Organisierung der Bauernschaft, besonders in den Dithmarschen, hin. Das Programm der Dithmarscher Arbeitsgemeinschaft bezweckt Ueberbrückung aller Gegensätze, Zusammenfassung aller Berufsgruppen, sofortige Aufnahme intensiven Betriebes in allen Berufen, rücksichtslose Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums, Verteilung von Landesprodukten an Mangelleidende, Bildung von Ortsschutzverbänden. Es wäre zu wünschen, dass auch die verhetzten Arbeiter in derartige Arbeitsgemeinschaften eintreten.

Die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde, unterzeichnet Prof. Langhans-Gotha, Alfred Roth-Hamburg, Prof. Dr. ing. Kloss-Berlin erlässt in den **Deutschvölkischen Blättern Nr. 53** vom 30. 12. 20 einen Aufruf zur Bildung einer „Alliance anti-juive universelle", der alle Nichtjuden zum Kampfe gegen Uebermut und Anmassung der Hebräer sammeln soll.

Der **„Bürger-Vorwärts"**, das Organ der Wuppertaler Bürgerräte, bringt in seiner Nummer vom 8. Dezember 1920 einen Artikel, in dem er sich mit dem sozialistischen Organ des Wuppertales, das den Bürgerräten indirekte Förderung des Antisemitismus vorgeworfen hat, auseinandersetzt. Darin findet sich die folgende Stelle, die die Beachtung unserer Freunde verdient:

Wenn wir Fühlung mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund haben wollten, brauchten wir uns dazu wirklich keines Spitzels zu bedienen: aber wir verzichten ohnehin auf diese Fühlung, weil wir ausgesprochene Gegner des Radau-Antisemitismus sind, mitsamt der ganzen üblen Hakenkreuzerei, weil wir auf dem Standpunkt stehen, dass nur die Zusammenfassung aller dem Aufbau irgendwie dienstbar zu machenden Kräfte unser Volk als Ganzes vorwärts bringen kann und dass daher innerhalb der bürgerlichen Bewegung kein Platz sein kann und darf für Klassen- und Rassenkampf. Stehen doch nicht wenige Herren jüdischen Glaubens in führenden Stellen in unseren eigenen Reihen und arbeiten Hand in Hand mit uns zur Erreichung unseres einzigen Zieles: der Wiederaufrichtung unseres Volkes und Vaterlandes bei restloser Gleichberechtigung Aller im freien Staate.

Im Januarheft 21. seines **„Hammers"** fasst Th. Fritsch in in einem Artikel „Was wollen wir" die positiven Ziele der Hammergemeinde kurz zusammen: Der Arbeiter muss aufgeklärt, der Besitzende zur Hergabe von Mitteln veranlasst werden, die eine grosszügige Volksaufklärung ermöglichen.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6